Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 160. Donnerstag, 4. März. 1880.

Die Reform der Juristen-Fakultäten.

In dem Verlage von R. Skrzeczek zu Löbau in Westpreußen, der es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, alle „Schattenseiten" unseres Rechtslebens zu beleuchten, ist neuerdings eine lesenswerthe kleine Broschüre von B. Richard erschienen: „Die preußischen Juristen-Fakultäten von ihrer Schattenseite und ihre Reform, ein Einblick in die Mysterien der Lehre und des Studiums der Rechtswissenschaft." Die Schrift stellt sich dar als eine Polemik gegen die den gleichen Zweck auf anderem Wege anstrebenden Aufsätze von Gierke, Gneist und Goldschmidt, und der Verfasser selbst hält es für nöthig, am Schlusse derselben um Nachsicht zu bitten, wenn seine Kampfesweise hie und da einen zu scharfen Charakter angenommen haben sollte, eine Bitte, zu der allerdings mehr als genügende Veranlassung vorliegt. Der Verfasser schildert unsere dermaligen Zustände mehr drastisch als lebenswahr, indem er die Studenten der Rechtswissenschaft in zwei Klassen eintheilt, solche, die, nachdem sie drei Semester lang wie früher vom Morgen bis zum späten Abend dicke Folianten von Kollegheften zusammengeschrieben, schließlich vor diesem unverdauten Wust einen solchen Ekel bekommen, daß sie zwei Semester lang gar nichts mehr thun, bis sie sich schließlich im sechsten Semester beim „Einpauker" mit der anderen Klasse zusammenfinden, die von vornherein eine souveräne Verachtung gegen die langweilige Juristerei gehegt, und schließlich nur aus Furcht vor dem Examen ihre Zuflucht zu dem „berühmten Quaritsch" nehmen. Wir glauben, daß die Klasse der „Musterstudenten, welche sechs Semester lang durch eifriges Studium sich bemüht in den Geist der Rechtswissenschaft hineinzudringen," denn doch nicht ganz so selten ist, und daß die neuerdings in immer größerem Umfange von hervorragenden Lehrern betriebenen Praktika, Seminarien und Privatissima nicht lediglich eine Spielerei sind, gemacht, das Gewissen der Lehrer und Lernenden zu befriedigen. Sei dem nun, wie ihm wolle, Jeder wird gleichwohl dem Herrn Verfasser Recht geben müssen, wenn er hervorhebt, daß unsere Studienweise an sehr erheblichen Mängeln krankt, daß dieselbe weit weniger geeignet ist, die Lernenden anzuregen, als vielmehr: die jüngsten Jünger der Rechtswissenschaft so vor den Kopf zu stoßen, daß sie vor ihr einen Abscheu bekommen. Die Schuld hieran liegt — auch darin hat der Verfasser Recht — ebenso sehr in der Sache selber und in der Lernweise des größten Theiles der Studirenden, als auch in der Einrichtung der Juristenfakultäten an unseren Universitäten und dem Verhalten der Professoren, beziehentlich ihrer Methode zu doziren. Ehe man aber das Alte, das sich unseres Dafürhaltens immer mehr aus sich selber heraus umzubilden bestrebt ist, über Bord wirft, dürfte es doch nothwendig sein, das bessere Neue gefunden zu haben, und wenn auch des Herrn Verfassers Pläne nicht unwerth der Beachtung sind, so ist doch ihre praktische Durchführbarkeit zum mindesten zweifelhaft und von dem ernsten, freien, wissenschaftlichen Streben, das neben allem Uebermuth und aller Jugendlust doch Gott sei Dank die größte Zahl der Studirenden belebt, dürfte nach ihrer Durchführung wenig mehr übrig bleiben. Indem Verfasser sich dahin bescheidet, daß, nachdem die neueste Gesetzgebung das alte Triennium beibehalten, vor der Hand eine eingehende Aenderung unmöglich ist, stellt er folgende Vorschläge auf. Um dem Studirenden einen gründlichen Ueberblick über die gesammte Rechtswissenschaft zu geben und ihm damit Interesse für die Sache selbst einzuflößen, will er gewissermaßen die Repetitorien des letzten Semesters in das erste Studienjahr verlegen, d. h. er will dem Studirenden kurze Kompendien über alle Materien des Rechts an die Hand geben, welche der Dozent abschnittsweise mit ihm durchgehen soll, um dann in der nächsten Vorlesung das Gelehrte abzufragen und dem Studenten so Gelegenheit zu geben, über zweifelhafte Punkte zu disputiren und sich Aufklärung zu verschaffen. Nachdem so im ersten Jahre der Student im Wege der examinatorischen Lehrmethode mit dem ganzen Rechtsgebiete oberflächlich vertraut geworden, soll er dann in den folgenden Semestern die jetzt üblichen überliefernden Vorträge über jede einzelne Methode in knapper Form im Einzelnen hören, bis er schließlich so weit vorgebildet ist, daß er das letzte Semester lediglich mit praktischen Uebungen, Examinatorien 2c. ausfüllen kann. Besonders soll dabei das Studium des preußischen Landsrechts mehr als bisher in den Vordergrund treten und gepflegt werden. Damit aber diese Vorschläge auch zur praktischen Ausführung gelangen können, will er „das Haupthinderniß alles Studiums", die akademische Freiheit, beseitigen, d. h. der Besuch der Vorlesungen soll obligatorisch werden resp. die Professoren sollen nur solchen Studirenden die Vorlesungen testiren, die ihnen während des Semesters als fleißige, regelmäßige Besucher des Collegs bekannt sind. — Sehr schön gedacht, — wer aber jemals an der berliner Universität den zahlreich besuchten Vorlesungen eines Gneist oder Goldschmidt zugehört, und gerade diesen hätte der Herr Verfasser beiwohnen sollen, um ein wenig von seiner Schwarzseherei bezüglich der deutschen Studenten zurückzukommen, der dürfte doch billig zweifeln, ob diese Herren auch nur den zehnten Theil ihrer Studirenden kennen und wenn dieselben Semester lang täglich in ihrer nächsten Nähe gesessen hätten. Leider aber giebt es nur einen Gneist und einen Goldschmidt und so lange die Wissenschaft noch so zahlreiche, begeisterte Jünger zählt, werden ihre Hörsäle nicht leer werden und die Lehrer werden es mit dem Testiren so halten müssen wie bisher.

Die examinatorische Lehrweise und den obligatorischen Besuch der Vorlesungen herbeiführen wollen, heißt aber den Unterschied zwischen Schule und Universität vollkommen verkennen und die Hochschule in einen Rahmen hineinpressen, der ihrem Wesen durchaus zuwider und ihren Zwecken hinderlich und lästig ist. Die Schule beschäftigt sich mit der heranwachsenden, geistig sich erst entwickelnden Jugend, sie soll dieselbe unter der steten Kontrolle der examinirenden Lehrweise und nöthigenfalls durch die ihr zu Gebote stehenden Zwangsmittel bis zu einem Stadium allgemeiner Geistesbildung führen, der sie befähigt, mit Erfolg ein Fachstudium für den späteren Lebensberuf zu betreiben. Die Jünger der Alma mater dagegen sind präsumtiv geistig herangereifte junge Männer, welche sich ihrem Studium aus eigenem Antriebe hingeben, klar über das, was sie wollen, und der akademische Lehrer ist nicht ihr Zuchtmeister, sondern der Mentor, der ihnen die Wege weisen und ihnen die Perspektiven für ihre Fortbildung eröffnen soll. Deshalb nun, weil diese Präsumtion vielleicht bei dem Einzelnen nicht zutrifft, nicht nur die akademische Lebensfreiheit, sondern auch die akademische Studienfreiheit negiren zu wollen, das hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Die jungen Studenten, welche durch Zwangsmittel vorwärts getrieben werden müssen, werden niemals ein Segen sein, weder für die Mitstrebenden, noch hier den Lebenskreis, in den sie später hineintreten sollen. Die Unfähigkeit und die verlogene Trägheit, mit der diese Elemente, angehalten von den Strafen der Schule oder dem falschen Ehrgeize ihrer Angehörigen, sich von Klasse zu Klasse vorwärts gestümpert bis über die Klippe des Abiturientenexamens hinweg, wird die gefährlichsten Wirkungen haben, wenn auch die akademische Disziplin sie darauf hinweist, ihre alten unlauteren Mittelchen weiter zu brauchen, statt ihnen zum ersten Male zuzurufen: „Erkenne Dich selbst und hilf Dir selbst." Der Universitätslehrer ferner, der dem Anfänger die ersten Elemente seiner Wissenschaft examinirend eindrillen sollte, würde sich auf eine sehr kleine Zahl von Schülern und auf einen ganz knappen, kaum mehr als Formeln und Lehrsätze bietenden Raum beschränken müssen; dann wäre, um die Masse der Lernenden zu befriedigen, eine Verzehnfachung des Lehrpersonals geboten, aber selbst mit einer Diogenes-Laterne dürfte es schwer sein, in Deutschland 10 Männer wie Bruns oder Dernburg zusammen zu finden, die ihrerseits ganz mit Recht eine solche Thätigkeit zurückweisen. Das Resultat von des Herrn Verfassers Plänen wäre deshalb unseres Erachtens flache Mittelmäßigkeit auf Seite der Lehrenden und oberflächliches Formelwissen der Lernenden, und Gierke hat sicherlich Recht, wenn er befürchtet, daß man auf diese Weise das Niveau der Universitätslehrer herabdrücken und die Axt an die Wurzel der deutschen Hochschulen, die innige Verbindung von Forschung und Lehre, legen würde. Wir halten uns nicht für berufen, an dieser Stelle andere Vorschläge zur Besserung der bestehenden Zustände zu machen, wir begnügen uns, nachgewiesen zu haben, daß der von dem Herrn Verfasser unserer Broschüre vorgeschlagene Weg kein glücklicher ist. Wir sind der Ansicht, daß, wer mit Fleiß und Liebe von Anfang an herantritt an die jetzt übliche Studienweise, auch innerhalb des Trienniums eine ausreichende Vorbildung gewinnen kann, um mit Erfolg in die Praxis hineintreten zu können. Der Zweck der Hochschule ist nicht der, Routiniers für's praktische Leben heranzubilden, wer aber die Hilfsmittel der Universität mit Ernst benutzt, der wird auch bei der jetzigen Lage der Dinge — so besserungsbedürftig sie ist, und so sehr wir eine solche Besserung wünschen — doch zum Mindesten soviel geistige Selbstständigkeit errungen und soviel Anregung gefunden haben, um sich allen Fragen der Praxis gegenüber zurechtzufinden.

K.

[Zur Verlängerung des Sozialistengesetzes.] Nachdem die Militärvorlage einer Kommission überwiesen, treten die anderen Aufgaben der Session mehr in den Vordergrund, voran die Frage der Verfassungsänderung und die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Hinsichtlich der ersteren steht ziemlich fest, daß die Konservativen und das Zentrum einem Kompromiß geneigt sind, dahin gehend, daß die alljährliche Berufung des Reichstags zwar beizubehalten, die Budgetberathung aber nur alle zwei Jahre vorzunehmen und in Folge dessen auch die Legislaturperiode aus einer dreijährigen in eine vierjährige zu verwandeln sei. Von den liberalen Parteien erwarten wir, daß sie aus den oft genug entwickelten Gründen — Gründen der Zweckmäßigkeit wie des konstitutionellen Rechts — die Vorlage ablehnen werden. Nicht ganz so klar läßt sich die Stellung der Parteien zur Verlängerung des Sozialistengesetzes übersehen. Vom Zentrum ist man allerdings geneigt, eine rein negirende Haltung als selbstverständlich anzunehmen. Gewisse Erörterungen in den hervorragendsten Organen der Partei lassen indeß erkennen, daß man im Schooße der Fraktion dieser Frage keineswegs mit jener fröhlichen Entschlossenheit und Einmüthigkeit gegenübersteht, wie im Herbst 1878. Andererseits kann es nicht Wunder nehmen, daß auch in andern Parteien, welche seinerzeit dem Gesetze zugestimmt haben, die jetzige Vorlage nicht geringe Bedenken hervorruft. Dieselben schweren Bedenken, welche sich vom prinzipiellen Standpunkt aus, namentlich auf liberaler Seite, im Jahre 1878 geltend machten, drängen sich von selbst auch heute wieder auf. Sodann ist nicht zu leugnen, daß das Sozialistengesetz zwar die gefährliche Agitation von der Oberfläche beseitigt, daß es aber zugleich die Bevölkerung in eine falsche Sicherheit eingewiegt und damit die Bestrebungen behufs positiver Bekämpfung der Ursachen des sozialistischen Uebels gelähmt hat. So beklagenswerth die letztere Wirkung ist, so überwiegt doch die Frage, ob wir die Handhabe, welche mit dem Gesetze von 1878 beabsichtigt wurde, heute und für eine absehbare Zukunft bereits entbehren können. Darüber werden — mit Ausnahme der Sozialisten — wohl alle Parteien einig sein, daß es geradezu unmöglich wäre, das Gesetz von 1878 am 31. März 1881 aufhören zu lassen, ohne überhaupt etwas an seine Stelle zu setzen. Von fortschrittlicher oder ultramontaner Seite wird man voraussichtlich aufs Neue den Weg der ordentlichen Gesetzgebung, des gemeinen Rechts in Vorschlag bringen. Vom liberalen Standpunkt aus wäre gewiß nichts wünschenswerther, als wenn sich auf diese Weise etwas Annehmbares erreichen ließe. Aber die Versuche, welche 1878 von Hänel und Reichensperger gemacht wurden, haben doch die außerordentlichen Schwierigkeiten, um nicht zu sagen, die Unmöglichkeiten gar zu deutlich gezeigt. Gemeinrechtliche Bestimmungen, wenn sie für den vorliegenden Zweck wirksam sein sollen, können kaum anders gefaßt werden, als daß sie auch Bestrebungen treffen oder wenigstens gefährden, gegen welche sie nicht gerichtet sein sollten. Die Vorschläge des Zentrums gar würden den Grundsatz der Gewissensfreiheit aufs Schwerste beeinträchtigt haben. Wir fürchten, die Prüfung dieser Dinge wird heute kein günstigeres Ergebniß haben, als vor anderthalb Jahren. Man wird durch die entgegenstehende Unmöglichkeit wieder auf den Weg der Ausnahmegesetzgebung gezwungen werden, und es kann sich nur um zwei Fragen handeln: einmal, ob man das Sozialistengesetz, wie es jetzt gestaltet ist, beibehalten, sodann, auf welche Dauer man seine Giltigkeit erstrecken will. Es wird abzuwarten sein, ob und welche bei der praktischen Handhabung hervorgetretenen Mängel des Gesetzes sich bei der parlamentarischen Berathung ergeben werden. Im Großen und Ganzen wird sich kaum etwas ändern lassen. Anders ist es mit der von der Regierung jetzt verlangten Frist. Dieselbe soll sich bis zum 31. März 1886 erstrecken. Hier sollte man unseres Erachtens darauf bestehen, daß jedem Reichstage im Laufe seiner Legislaturperiode wenigstens einmal die Möglichkeit gegeben werde, über die Fortdauer des Gesetzes zu befinden, also die Frist entsprechend abzukürzen. Diese Forderung wäre durchaus nicht zu vergleichen mit dem in diesen Tagen gemachten Vorschlage, die Feststellung der Heeresfriedensstärke in jeder Legislaturperiode wenigstens einmal vorzunehmen. Beim Sozialistengesetz hat die periodische Neubewilligung den Zweck, die nöthige Garantie gegen einen Mißbrauch zum Schaden wichtiger staatsbürgerlicher Rechte zu haben, einen Mißbrauch, von dem beim Militärgesetz keine Rede sein kann. Wir können nur hoffen, daß in den bevorstehenden Verhandlungen eine Verständigung in der angedeuteten Richtung gefunden werde.

[Zum Schicksal der Militärvorlage.] Nachdem die Parteien in der ersten Debatte der Militärvorlage ihre Stellung zu dem vorliegenden Gegenstand genommen, läßt sich mit Sicherheit eine Majorität voraussetzen, die den wesentlichen Forderungen des Gesetzentwurfs zuzustimmen geneigt ist. Sehr bedeutend allerdings wird, nachdem das Zentrum und die Fortschrittspartei sich als Gegner des Gesetzes ausgesprochen haben, die Majorität nicht werden. Sie wird sich aus den beiden konservativen Fraktionen, dem weit überwiegenden Theil der Nationalliberalen und den ihnen nahestehenden „liberalen Gruppen" zusammensetzen und günstigsten Falls einige dreißig Stimmen betragen, während Zentrum und Fortschrittspartei in den kleinen Fraktionen der Polen, der Sozialdemokraten, den meisten Elsässern und einer Anzahl von „Wilden" Unterstützung finden werden.

Deutschland.

☾ **Berlin,** 2. März. [Der zweite Tag der Militärdebatte.] Der Reichstag zeigte bei der heutigen

Fortsetzung der Militärdebatte im Ganzen dieselbe Physiognomie wie gestern; auf den Tribünen überwog vielleicht noch etwas stärker das militärische Element, und das Haus war im Anfang ein wenig besetzter, als am ersten Tage der Verhandlung, wohl in Folge der Nachricht, daß Fürst Bismarck heute erscheinen werde, die indeß sehr bald dementirt wurde. Die Spannung war heute, da die Stellung der Parteien gestern bereits bezeichnet worden war, hauptsächlich auf die privatim angekündigte Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit und der Minderheit der nationalliberalen Fraktion gerichtet. Es war bis kurz vor Beginn der Sitzung noch nicht festgestellt, ob Forckenbeck, Lasker oder Stauffenberg den Standpunkt der Minorität vertreten würde; daß der letztgenannte Abgeordnete es schließlich übernahm, gereichte der Auseinandersetzung insofern zum Vortheil, als sie nun in mildester Form erfolgte. Der ganzen Persönlichkeit Stauffenberg's ist jede Schroffheit fremd, und außerdem war er Jahre lang nicht nur durch politische, sondern auch durch persönliche Freundschaft mit Herrn v. Bennigsen, dem er heute entgegenzutreten hatte, verbunden. Wenn demgemäß in der Stauffenberg'schen Rede jedes verletzende Wort vermieden wurde, so ließ sie es doch keineswegs an Deutlichkeit fehlen, vielmehr trat durchaus scharf und prägnant der Unterschied hervor, welcher zwischen der Minderheit und der Mehrheit der gegenwärtigen nationalliberalen Fraktion in der Militärfrage darin besteht, daß die Minorität auch den hervorragendsten militärischen Fachmännern gegenüber nicht auf die selbständige Prüfung der neuen Forderungen, sowie auf den Versuch ihrer Abminderung verzichten will, und daß sie ferner nicht das Septennat zu einer dauernden Einrichtung des deutschen Reiches machen will. Die Bemerkung Stauffenberg's, daß er und seine näheren Freunde nicht die Wege Bennigsens und der Mehrheit der Fraktion gehen könnten, wurde allgemein dahin ausgelegt, daß die Differenz keineswegs blos die Militärfrage, diese sogar vielleicht am wenigsten, vielmehr die Gesammtheit des Verhältnisses zur Regierung betrifft. Das Haus hatte die kurze, wie es schien, den Redner, der bekanntlich erst vor einiger Zeit eine längere Krankheit überstanden hat, einigermaßen schwer fallende Rede mit außerordentlicher Aufmerksamkeit angehört. Nicht dieselbe Gunst war vorher dem ersten Redner des Tages, dem freikonservativen Grafen Frankenberg, erwiesen worden, dessen allerdings im Allgemeinen ziemlich triviale Ausführungen bei fortwährender leise summender Unterhaltung der Mitglieder erfolgten. Dennoch war diese Rede nicht bedeutungslos; es trat darin, obgleich es in keiner Weise direkt ausgesprochen wurde, sehr deutlich der Wunsch der konservativen Seite hervor, trotz der augenblicklichen Opposition des Zentrums gegen eine wichtige Regierungsvorlage möglichst das Bündniß mit dieser Partei aufrecht zu erhalten. Dafür, wie weit dieser Wunsch auf der Rechten verbreitet ist, war es besonders charakteristisch, daß gerade Graf Frankenberg, d. h. ein Freikonservativer und obenein ein „Staatskatholik" ihn zum Ausdruck brachte. Es entspricht das einem unverkennbaren Mißbehagen, welches sich gestern bereits auf den Mienen vieler Mitglieder der rechten Seite malte, als Herr von Bennigsen wieder in der Position des Führers der „ausschlaggebenden" Partei zu dem Hause sprach. Herr Windthorst, der nach Stauffenberg unter allgemeiner Spannung die Tribüne betrat, legte es denn auch sichtlich darauf an, das „darum keine Feindschaft", welches das Thema der Frankenbergschen Rede gewesen war, bestens zu acceptiren. Man war auf die Windthorst'schen Ausführungen besonders darum gespannt, weil erzählt wurde, der Chef des Zentrums habe am Sonntag in Folge einer durch Herrn v. Varnbüler vermittelten Einladung des Reichskanzlers eine 1½stündige Unterredung mit diesem gehabt, wobei Windthorst erklärt haben soll, er und eine Anzahl seiner näheren Freunde würden die Regierung in der Militärfrage sehr gern unterstützen, sie könnten aber die Majorität ihrer Fraktion nicht dazu bewegen. Die Rede Windthorst's schien diese Mittheilung durchaus zu bestätigen; machte er doch gelegentlich sogar eine Aeußerung, welche die Möglichkeit seiner schließlichen Zustimmung zu dem Ergebniß der Kommissionsberathungen offen hielt! Im Uebrigen leuchtete namentlich durch die Malicen, mit denen er Herrn v. Bennigsen überschüttete, unverkennbar den Neid hervor, der dadurch provozirt war, daß diesmal nun wieder die Nationalliberalen und nicht die Klerikalen die Ehre des „Ausschlaggebens" genießen. In den gereizten persönlichen Bemerkungen, welche am Schluß der Diskussion zwischeu den beiden Herren gewechselt und von der Mehrheit der Mitglieder mit einer Art Gaudium verfolgt wurden, trat die Rivalität um diese ausschlaggebende Position wieder hervor. Nicht uninteressant war es, daß, als Herr Windthorst auf der Tribüne erschien, der Abg. v. Puttkamer, der preußische Kultusminister, eiligst sich unmittelbar neben dem Chef des Zentrums postirte, um kein Wort von dem, was derselbe sagen würde, zu verlieren. Herr v. Maltzahn-Gültz, der die bereits konstatirte und übrigens selbstverständliche Zustimmung der Deutschkonservativen noch einmal erklärte, fand nicht die Aufmerksamkeit des Hauses, und ebenso wenig Herr Gneist, welcher zum Schluß noch das Wort erhielt. Bebel war mit Spannung empfangen worden, aber seine breiten und der sonst von sozialdemokratischen Rednern gewöhnlich erregten Sensation diesmal entbehrenden Ausführungen ließen das Interesse bald erlahmen.

Berlin, 2. März. (Von fortschrittlicher Seite eingesandt.) [Die beiden Tage der Militärdebatte. Das Reichsgesundheitsamt. Zum Tode Dr. Zimmermanns.] Die erste Berathung der Militärgesetz-Vorlage hat nicht einmal zwei Sitzungen gedauert und ist zu Ende gegangen, ohne Schlußantrag, weil sich Niemand mehr zu Wort gemeldet hatte, und ohne die Anwesenheit des Reichskanzlers, von dem jetzt konservativer Seits verbreitet wird, er werde erst in den Reichstag kommen, wenn Graf Arnim nicht mehr Präsident ist, was in 14 Tagen der Fall sein werde. Ein Irrthum würde es sein, zu meinen, daß das Schicksal der Militärvorlage in einem ihr günstigen Sinne völlig entschieden sei. In der Kommission wird sich noch manche Schwierigkeit erheben. Für die Diskussion war es nicht günstig, daß der Präsident den Abg. Richter-Hagen zuerst sprechen ließ. Die sachlichen, fast militärtechnisch zu nennenden Ausführungen seiner fast zweistündigen Rede wurden von keinem einzigen der nachfolgenden Redner angegriffen, kaum vom Feldmarschall Graf Moltke, in dessen Rede dies um so mehr auffiel, als er eine Vergleichung der französischen Friedenspräsenz von 497,000 Mann mit der deutschen Friedenspräsenz von 401,000 Mann unter der Bemerkung, in ersterer Summe steckten, wie Richter ganz richtig angeführt habe, auch die Gensdarmen, vorzunehmen für gut hielt, obschon Richter die Nichtvergleichbarkeit beider Ziffern unter der Angabe dargethan hatte, daß bei der französischen Präsenzziffer nicht blos die Gensdarmerie, sondern auch alle Offiziere, alle Beamte, Zöglinge, Arbeiter in Werkstätten, Einjährig-Freiwillige, kurz alles, was vom Militärbudget unterhalten werde, eingerechnet sei, während die deutsche Ziffer alle diese Kategorien nicht mitenthalte, so daß die französische Friedenspräsenz eher schwächer als stärker wie die unsrige sei. Bedeutungsvoll, vielleicht für die ganze Zukunft unseres Parlamentarismus, waren die Reden der beiden nationalliberalen Parteiführer von Bennigsen und von Stauffenberg. Daß Bennigsen so rückhaltslos sich für einfache Unterwerfung unter Regierung und Militärverwaltung aussprechen würde, war kaum erwartet worden. Die Entgegnung hatte Forckenbeck übernommen; durch Unwohlsein heute am Erscheinen verhindert, trat er sie an Stauffenberg der in milderen Worten, aber doch mit ausreichender sachlicher Entschiedenheit den schweren, und diesmal wohl kaum vorübergehenden Zwiespalt in der Partei darlegte. Forckenbeck, Lasker, Stauffenberg, Bamberger, Braun, Bunsen, Thilenius mit etwa acht Anderen stehen entschlossen gegen die Bennigsen'sche Fraktionsmehrheit, während Rickert, Struve und andere, sonst wirthschaftlich und politisch ziemlich entschiedene Mitglieder, noch schwanken sollen. — Sehr übel erging es heute in der letzten Sitzungsstunde dem Reichsgesundheitsamt, oder richtiger dessen Chef Dr. med. Struck, der heute (vielleicht durch die ärztliche Behandlung seines vornehmsten Patienten abgehalten) am Bundesraths- und Reichsregierungstisch fehlte. Drei Aerzte des Hauses, sonst politisch selten einig, der Fortschrittliche Dr. Mendel, der Nationalliberale Dr. Thilenius und der von der Fortschrittspartei allmälich bis zur Fraktion Hölder-Schauß nach rechts gewanderte Dr. Zinn sprachen ihre Bedenken gegen die dort beliebte Behandlung der Sachen und Personen ganz einträchtiglich dergestalt aus, daß man auch ohne Voreingenommenheit doch heraushören mußte, daß sie dem Direktorium des Dr. Struck, der den Bericht der Pestkommission noch nicht gesehen und aus dem stenographischen Protokoll die Erklärung, der Bericht sei „noch nicht lange" eingereicht, herauskorrigirt hat, die „Krisis" im Reichsgesundheitsamt zur Last legen. Der Minister Hofmann gab sich vergebliche Mühe, Herrn Struck zu rechtfertigen. Schließlich wird Dr. med. Mendel Recht behalten: hervorragende Männer der Wissenschaft lassen sich nicht so behandeln, — Männer von wissenschaftlicher Bedeutung werden dem Reichsgesundheitsamt ihre Dienste versagen, so lange es von Dr. Struck dirigirt wird. — Mit dem Reichstags- und Landtagsabgeordneten Eduard Zimmermann starb einer der „Achtundvierziger" des Reichstags, deren Zahl noch sehr gering ist, sofern man zu ihnen nur die parlamentarisch thätigen Männer rechnet. Außer ihm gehörten nur noch Beseler, Löwe, Meier-Bremen, Aug. Reichensperger dem frankfurter Parlament von 1848 an, während in demselben Jahre Schulze-Delitzsch und Peter Reichensperger in Preußen, Oetker in Kurhessen und die Gebrüder Wiggers in Mecklenburg ihre parlamentarische Laufbahn begannen. Zimmermann war der einzige Preuße, der wegen der Theilnahme am stuttgarter Rumpfparlament von Geschwornen verurtheilt wurde. Dem damaligen Bürgermeister der alt-brandenburgischen Festung Spandau muß man in den Kreisen des Hofes und der Regierung besonders gezürnt haben. Dies ergiebt sich auch aus einer Anrede des Königs Friedrich Wilhelm IV. an eine Deputation der spandauer Bürgerschaft vom 9. Mai 1850. In dieser Rede heißt es wörtlich: „So oft Ich früher Spandau betrat, war Ich erfreut; denn es gab hier nur gute Menschen, den früheren Bürgermeister ausgenommen, der für sein hochverrätherisches Benehmen auch seine Strafe empfangen hat." Dieser frühere Bürgermeister war trotz alledem ein guter preußischer und deutscher Patriot und bethätigte dies, als er nach zehnjähriger Flüchtlings-Abwesenheit in sein Vaterland heimkehrte. Seine besondere Vorliebe galt seiner Vaterstadt Berlin, die ihn durch wiederholte Wahl zum Stadtverordneten, Landtags- und Reichstagsabgeordneten ehrte. — Von 1848er Flüchtlingen befinden sich außer Löwe nur noch die Nationalliberalen oder vormals Nationalliberalen Bamberger, Zinn, Pflüger (wohl auch Schlieper?), der Pfälzer Groß (früher Fortschritt) und der Sozialdemokrat Liebknecht im Reichstag.

— [Anscheinend als Versuchsballon für eine internationale Aktion gegen die Sozialdemokratie] läßt sich die „Nordd. Allg. Ztg." aus Madrid Folgendes d. d. 24. Februar schreiben:

„Gleichzeitig mit dem Bekanntwerden des petersburger Attentats wurde durch die hiesigen Blätter das Gerücht verbreitet, die deutsche

New-Yorker Briefe.

XIII.

New-York, 12. Februar 1880.

Das war ein Wetter für die sogenannten ältesten Leute! Am 30. Januar + 12 ° Reaumur im Schatten, in der Nacht vom 1. zum 2. Februar ebenso viele Grad Kälte und von früh 1 Uhr am 3. Februar bis 9 Uhr Vormittags dann ein Schneetreiben! Brr!! Was danach kam? Nun der unvermeidliche Regen und ein Zustand der Straßen, der sehr viel Aehnlichkeit mit einer vom Regen aufgeweichten Dorfgasse hatte.

Schnee und Sturm, daß sind ein paar Gesellen, die sehr gerne zusammen marschiren und auch in der Nacht des 3. Februar hatten sie sich wieder zusammengefunden. Eine tolle Verheerung haben sie diesmal angerichtet, so daß die Züge theilweise stecken blieben und die empörten Wogen des atlantischen Oceans von dem schönen Strand von Coney Island, dem Sommer-Zufluchtsort aller Klassen der Metropole, Sand, Badehäuser, Ladungsstellen und Brücken fortgeführt haben, während die Hotels, in denen im Sommer lustige Musikweisen und das fröhliche Getümmel einer Menge Gäste ertönte, von den tosenden Meeresfluthen eingeschlossen waren und für mehrere Stunden vom Verkehr mit der übrigen Welt ausgeschieden wurden.

Aber gerade an solchem Tage hat die Hochbahn Gelegenheit, sich in ihrer Glorie zu zeigen. Der Verkehr auf derselben war denn auch regelmäßig und stärker als gewöhnlich, da die Pferdebahnen theilweise ihre Thätigkeit eingestellt hatten! Es war aber auch gerade in den Stunden von 6—8, wo die Geschäftswelt ihr Tagewerk beginnt, am schlimmsten!

Während in Folge des Sturmes stellenweise die bloßen Steine hervorguckten, lag an anderen Punkten der Schnee 2—3 Fuß hoch und die Geleise, in denen die mit 4 Pferden bespannten Wagen der Pferdebahnen liefen, waren, kaum passirt, schon wieder unter einer neuen Schneedecke verschwunden. Dabei muß ich bemerken, daß in Folge dessen die Wagen ebenso häufig im als außer dem Geleise liefen, denn der Schnee ballte sich so fest zusammen, daß man ohne einzusinken auf demselben gehen konnte und die Wagen an den Straßenbiegungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit das Geleise verließen. Hin und wieder blieb auch einmal ein solcher, der die übliche doppelte Passagierzahl geladen hatte, stecken und erst den vereinten Kräften der Insassen gelang es dadurch, daß sie für ihr Fahrgeld auch noch arbeiteten, ihn wieder flott zu machen. Geduld war eine Hauptregel; zu einer Fahrt von Brooklyn, die sonst drei Viertel Stunden dauert, waren nur gegen zwei Stunden nöthig, weiter als 300 Schritte weit zu sehen war einfach unmöglich, und hieran änderten selbst die z. B. am Broadway um ¼8 Uhr (5 Minuten nach Sonnenaufgang) noch brennenden Straßenlaternen mit ihrem gelben melancholischen Lichte Nichts. Gegen 9 Uhr begannen dann die Schneepflüge ihr Werk, und was Menschenhände in einem halben Tage nicht fertig gebracht hätten, vollbrachten diese in Zeit einer Stunde. Jede Pferdebahngesellschaft besitzt derartige Wagen. An denselben befinden sich 2 Bürsten, deren jede in heftige sich drehende Bewegung gesetzt wird und eine Schiene fegt, der Wagen selbst wird von 8 oder 10 Pferden gezogen und fährt im schärfsten Trabe gerade nicht zum Vergnügen der Passanten, denen der von den Bürsten aufgewirbelte Schnee um die Ohren fliegt. Doch läßt man sich das gern gefallen, da es eben nothwendig ist, will man schnell vom Flecke kommen.

Wie aber jedes Ding zu Ende geht, so auch das Schneetreiben und um 11 Uhr Vormittags regnete es schon gewaltig; am Abend war denn auch die schönste Graupe fertig, und wie lange die Newyorker nun darin herumwandeln müssen, das hängt von der Ansicht des Ober-Moguls der Straßenreinigungsbrigade ab. Dieses Schneewetter hat aber doch mit der gleichzeitig eingetretenen kälteren Witterung das Gute gehabt, daß einer der nothwendigsten Artikel für den künftigen Sommer, das „Natur-Eis", neugebildet ist, und damit sowohl die Furcht des ärmeren Mannes, der sonst kaum diesen so dringend nöthigen Gegenstand hätte kaufen können, etwas gemindert, als auch die Gier der Eislieferanten gedämpft und den Klagen über zu wenig Eis — und dadurch nothwendiger hoher Preis — der Boden entzogen ist.

Die französische Telegraphen-Kompagnie hat in den letzten Tagen des Januar den Betrieb zwischen hier und dem europäischen Kontinent aufgenommen, zu denselben Sätzen, wie die bei den anderen Linien; in Folge dessen haben diese seit dem 1. Februar den Worttarif nach Deutschland, Frankreich und den anderen kontinentalen Ländern um 62½ Cent per Wort ermäßigt (von 75 C. auf 12½ C.), während er nach England, wohin das französische Kabel noch keine Verbindung hat, weiter 75 C. beträgt, auf wie lange, bleibt abzuwarten. Die französische Kabelkompagnie hat vorläufig den Betrieb wieder eingestellt, da sie zum 12½ Ct.-Preise nicht arbeiten kann; das Ende wird wohl eine Einigung und der alte hohe Satz sein.

Auch in den Kinderschutz- und Erziehungsanstalten ist nicht Alles, wie es sein soll. Trotzdem weitaus die meisten derselben Unterstützung aus dem Stadtsäckel erhalten, also indirekt von den Bürgern, bekümmert sich Niemand darum, ob das Geld auch wirklich zum Wohle der Kleinen verwendet wird und erst durch die Ueberführung eines halbtodten verhungerten 5jährigen Knaben ins Hospital wurde der Anstoß zur Enthüllung des Treibens in einer Anstalt gegeben, das wirklich haarsträubend ist.

Der würdige Reverend, Cowley ist sein Name, der Episkopalkirche angehörend, der die Leitung dieses „Shepherd Fold" (Anstalt zum guten Hirten) hatte, hat sich als ein sehr böser Miethling entpuppt; schon vor einigen Jahren war er wegen seiner gänzlichen Untauglichkeit für einen solchen Posten aus der Stellung einmal entlassen worden, aber den Bemühungen der auch hier existirenden scheinheiligen Clique war es gelungen, ihm unter dem Vorwande, daß ihm Gelegenheit gegeben werden solle, sein früheres Unrecht gut zu machen, wieder die Aufsicht und Gewalt über 25 Kinder im Alter von 3—16 Jahren anzuvertrauen. Wie er diese Aufgabe aufgefaßt hat, davon haben die Gerichtsverhandlungen ein wirklich haarsträubendes Zeugniß gegeben.

Nicht nur, daß die Nahrung ungenügend war, war dieselbe auch für Kinder in diesem Alter durchaus nicht gesund. Von einem Pint (½ Liter) kondensirter Milch täglich behielt der Hirt und seine Gattin die Hälfte für sich, die andere Hälfte bekamen mit Wasser verdünnt die 25 Zöglinge der Anstalt, dazu Roggenbrot. Das Mittagessen wechselte zwischen Erbsen und Bohnen, Fleisch gab es nur an hohen Festtagen, und die Frau Hirtin,

Regierung beabsichtige, die Mächte zu einem Kongreß nach Berlin einzuladen, um über gemeinsam gegen die sozialistische Bewegung zu ergreifende Maßregeln zu berathen. Der frühere spanische Gesandte am kaiserlich russischen Hofe, Marquis de Bedmar, wurde dadurch veranlaßt, im Senat eine Rede zu halten, in der er sagt, die öffentliche Meinung sei tief ergriffen von der furchtbaren Katastrophe. Eine Explosion habe das Leben des edlen und großmüthigen Kaisers Alexander und der kaiserlichen Familie in ernste Lebensgefahr gebracht. Wenn es wirklich ein Attentat gewesen (in den ersten Tagen glaubten hier noch Einige an einen Zufall), so gebe es keine Worte, den Abscheu auszusprechen, welchen die Verbrechen der geheimen Gesellschaften allen Wohldenkenden einflößen müßten. Eine neueste Erfahrung habe gezeigt, daß Spanien nicht verschonen sei von diesen verbrecherischen Gesellschaften, und daß es Zeit sei, an Mittel zu denken, um sich gegen die Partei zu schützen, welche täglich mit Explosion, Brandlegung und Mord das Leben der Souveraine Europa's bedrohen. Man sage, daß einige Großmächte schon daran gedacht haben, einen internationalen Kongreß zusammen zu berufen, um die Mittel zur Repression dieser Verbrechen zu erwägen. Er bitte die Regierung, daß, wenn dies wahr sei, dieselbe Alles thue, damit Spanien bei diesen Verhandlungen mitwirke. Wenn Spanien die Leiden dieser modernen Zivilisation zu dulden habe, so glaube er, daß es ebenso ein Recht habe, an den zur Bekämpfung derselben beschlossenen Verhandlungen Theil zu nehmen. Er bitte die Regierung inständigst, daß sie Alles thue, um die Zulassung Spaniens zu dem Kongresse zu erwirken. Der Minister des Fomento, Herr Lasala, schloß sich der Erklärung des Redners an, ohne auf die Kongreßfrage einzugehen; ein Gleiches that schließlich der ganze Senat. Eine ähnliche Manifestation fand im Kongreß mit Einstimmigkeit statt."

Diese Korrespondenz setzt die „Nordd. Allg. Ztg.", wie die „Voss. Ztg." hervorhebt, an die Stelle, wo sie ihre offiziösen Communiqués einzuschieben pflegt. Gerüchte über einen regierungsseitig projektirten internationalen Kongreß zur Berathung gemeinsamer Abwehr gegen die sozialistischen Umtriebe sind schon öfter aufgetaucht, bisher aber stets als unglaubwürdig zurückgewiesen worden. Im vorliegenden Fall ließ sich der spanische Minister auf eine Widerlegung des Gerüchtes nicht ein, lehnte dasselbe jedoch auch nicht ab. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." hat kein Wort der Ableugnung oder des Zweifels hinzuzufügen. — Wir unsererseits bemerken für heut zur Sache nur, daß es ein ganz unberechtigtes Beginnen ist, den russischen Nihilismus mit der sozialdemokratischen Agitation in eine Linie zu stellen; beide haben kaum einen einzigen nachweisbaren Berührungspunkt.

— [Die sozialdemokratischen Abgeordneten] im Reichstage beabsichtigen, zu dem Gesetze, betreffend die Verlängerung des Sozialistengesetzes, ein Amendement einzubringen, welches die Ausweisungen aus Berlin nicht mehr von dem rein persönlichen Ermessen der Polizeibehörde, sondern von einer gerichtlichen Untersuchung und einem verurtheilenden Richterspruch abhängig machen soll.

— [Deutsche in der holländischen Fremdenlegion.] Von der holländischen Grenze wird der „B. ..." geschrieben: Bekanntlich unterhalten die Holländer auf ihren indischen Besitzungen eine Fremdenlegion und wurden wegen des Krieges in Atschin in den letzten Jahren die Anwerbungen derselben so stark betrieben, daß die preußischen Behörden sich veranlaßt sahen, gegen das Treiben der holländischen Agenten einzuschreiten. Nach einer vorliegenden statistischen Nachweisung wurden im verflossenen Jahre 1764 Legionäre in Harderwyk eingeschifft, worunter sich 533 Deutsche befanden. Es muß diese Zahl wirklich befremden, zumal die deutschen Legionäre zum großen Theil den klimatischen Einflüssen der Sunda-Inseln erliegen, jedenfalls aber mit Entbehrungen aller Art zu kämpfen haben. Leider sind es nicht selten deutsche Heerespflichtige, welche sich diesem aufreibenden Dienste widmen.

— [Der Entwurf über die Versorgung der Hinterbliebenen von Reichsbeamten,] welcher vor längerer Zeit fertig gestellt wurde, liegt gegenwärtig den einzelnen Bundesregierungen vor. Verschiedentlich ist bereits eine Rückäußerung darauf erfolgt, es sind im Großen und Ganzen wenig Ausstellungen gemacht worden, und es ist anzunehmen, daß die Vorlage noch vor der Oster-Vertagung dem Reichstage zugehen wird, da man den Wunsch hegt, sie unter allen Umständen in dieser Session endlich zum Abschluß zu bringen.

— [Zur Angelegenheit des Großen Kurfürsten.] Eine nochmalige, aber fast ausschließlich an Einzelheiten hängen bleibende Kritik des Berichts über das Urtheil in der Frage des „Großer Kurfürst" bringt die „Deutsche Revue". Wesentlich neue Gesichtspunkte fügt sie nicht hinzu. Der Artikel kommt zu folgenden Schlüssen: „Das Marineministerium muß einer strengeren Kontrole unterworfen werden. Es ist daher Pflicht des Reichstages, im Interesse des Landes dafür Sorge zu tragen, daß 1) der Minister verpflichtet wird, dem Admiralitätsrath in allen wichtigen Fragen anzuhören und sich seinem Votum zu unterwerfen, so weit technische Fragen dabei in Betracht kommen; 2) unabhängig von dem Minister eine Generalinspektion geschaffen wird, deren Chef direkt über den Ausfall der Inspektionen an den Kaiser zu berichten hat, wie es unter dem hochseligen Prinzen Adalbert der Fall war. Das sei die einzige Möglichkeit, um Zuständen ein Ende zu machen, deren gefährliche Folgen Katastrophen wie die bei Folkestone sein müssen."

— [Kirchliche Wählerlisten.] Der evangelische Oberkirchenrath hat unterm 22. v. M. die Frage, ob für die kirchlichen Urwahlen jedesmal neue Wählerlisten aufzustellen sind oder ob nur eine Berichtigung bezw. Ergänzung der vorhandenen Listen stattzufinden hat, im letzten Sinne entschieden. Die Kirchengemeinde-Ordnung selbst enthalte über die vorliegende Frage keine ausdrückliche Bestimmung, die dazu ergangene Instruktion ergebe aber, daß den kirchlichen Neuwahlen die früheren Wählerlisten zugrunde zu legen und diese Listen nach Maßgabe der inzwischen eingetretenen Aenderungen zu berichtigen bezw. durch Eintragung der bis zum Alaufe der dafür angesetzten Frist eingegangenen neuen Anmeldungen zu ergänzen seien.

— [Die bereits kurz charakterisirte Begründung des Gesetz-Entwurfs gegen den Wucher] konstatirt Eingangs, daß die Klagen über ein bedrohliches Umsichgreifen wucherlicher Ausbeutung, namentlich der kleinen Grundbesitzer und Handwerker, überall die öffentliche Aufmerksamkeit erregt, und daß nicht nur die Einzellandtage, sondern auch der Reichstag die Frage einer Abhülfe in Berathung genommen haben. Ein so allgemeines Verlangen lege den verbündeten Regierungen die Pflicht auf, ihrerseits an die Prüfung heranzutreten, inwieweit die Gesetzgebung fähig sei, dem Wucher zu steuern, und inwieweit demgemäß es einer Aenderung oder Ergänzung der gegenwärtigen Gesetze bedürfe. Zunächst komme die Beseitigung des Bundesgesetzes vom 14. November 1867 in Frage, durch welches die der freien Vereinbarung des Zinssatzes für Darlehne u. s. w. entgegenstehenden Vorschriften aufgehoben werden. Die Regierungen könnten der Beseitigung dieses Gesetzes nicht zustimmen, welche sich nur dann rechtfertigen ließe, wenn der Nachweis erbracht wäre, daß jenes Gesetz eine Vertheuerung des Kredits und Vermehrung der wucherlichen Ausbeutungen zur Folge gehabt habe; dieser Nachweis sei aber nicht erbracht. Auch dem Versuche, bei freier Vereinbarung der Zinshöhe die Geltendmachung derselben vor Gericht oder im Wege des Zwangsvollstreckung nur bis zu einem gesetzlich bestimmten Satze zuzulassen, könne nicht zugestimmt werden; ebenso wenig der befürworteten Beschränkung der Wechselfähigkeit, der gewichtige Bedenken entgegenständen. Das Gebiet des Strafrechts dagegen sei es, auf welchem gegen die wucherlichen Ausschreitungen Abhülfe gesucht werden könne und müsse. Hier handle es sich nicht um einen Bruch mit der bisherigen Gesetzgebung, sondern um einen Ausbau derselben. Nach der allgemeinen Anschauung sei nicht derjenige ein Wucherer, welcher sich einige Prozent über den üblichen Zinsfuß ausbedinge, vielmehr derjenige, welcher den Hang Leichtsinniger, die Schwäche Geschäftsunkundiger oder die Noth Bedrängter zu übermäßigem Gewinn ausnutze. Bei der Verhandlung im Reichstage sei selbst von derjenigen Seite, welche zu Wuchergesetzen am wenigsten geneigt sei, betont worden, wie in keiner politischen und in keiner wirthschaftlichen Partei des Landes ein Zweifel darüber bestehe, daß die Ausbeutung der Noth oder der Unerfahrenheit eiue verwerfliche und strafbare Handlung sei. Die Gesetzgebung dürfe hier ihren Strafschutz nicht versagen, aber das geltende Strafrecht leide hier an einer Lücke. In gleicher Weise sei auch von anderen Ländern, sowie Belgien und Oesterreich-Ungarn, vorgegangen worden. Der von der Reichstags-Kommission beschlossene Vorschlag sei nun dem einmüthigen Streben aller Parteien, die Schwierigkeiten in nothwendiger Verständigung zu überwinden, ihrem eingehenden Zusammenwirken zu verdanken. Diesem Gewinne gegenüber dürften untergeordnete Bedenken sich nicht hervordrängen. Dies gelte auch von den Einzelheiten der vorgeschlagenen Bestimmungen. Es habe daher der gegenwärtige Gesetzentwurf den wesentlichen Inhalt derselben ohne Aenderung in seine Artikel 1 und 2 aufgenommen, und es genüge, wegen ihrer weiteren Begründung auf den Kommissionsbericht zu verweisen. Die Kommission habe sich jedoch enthalten, die zivilrechtlichen Folgen der vorgeschlagenen Strafbestimmungen zu regeln, um ihren Vorschlag nicht mit einer Beigabe zu belasten, die seiner sofortigen Durchführung nachtheilig sein könne. Dieser Standpunkt komme dem Entwurf nicht zu. Er unternehme jene Regelung in seinem Artikel 3. Dieselbe könne nur auf der Grundlage der bestehenden Gerichtsverfassung erfolgen. Der Artikel stellte den Satz an die Spitze, daß, sobald die thatsächlichen Voraussetzungen des Wuchers vorhanden seien, das Rechtsgeschäft kraft des Gesetzes ungültig sei. Der zweite Absatz des Artikels regelt das Rückforderungsrecht auf Seiten des Schuldners, der dritte das Rückforderungsrecht auf Seiten des Gläubigers Weitere Vorschriften würde das Gesetz nicht auszusprechen haben. Die Unverbindlichkeit zur Erfüllung des Versprechens und die Befugniß zur Aufrechnung des Geleisteten ergäben sich nach den Regeln des bürgerlichen Rechts von selbst. Es erscheint noch nicht nöthig und rathsam, in die allgemeinen Regeln desselben bezüglich der Verjährung der Rückforderungsansprüche durch besondere Bestimmungen einzugreifen.

Schweiz.

[Die Durchbohrung des Gotthardtunnels.] Aus Göschenen liegen ausführlichere Berichte über den Durchbruch vor.

Der bekannte schweizer Feuilletonist Wyl giebt von einer Fahrt in den Tunnel eine sehr lebensvolle Darstellung.

Ich habe den Tunnel, schreibt er der „N. Fr. Pr.", gestern (26. Februar) zum ersten Male durchschritten und mein Eindruck resumirt sich in dem Gefühle außerordentlicher Befriedigung, daß ich — glücklich wieder herauskam. Wenn man, mit hohen wasserdichten Stiefeln und einem Flanellhemde angethan, mit der durch komprimirte Luft getriebenen Maschine eingefahren ist, so geht es allerdings anfangs ganz leidlich. Den ersten unangenehmen Eindruck hat man, wenn man bei der sogenannten „schlechten Stelle" oder „Druckpartie" absteigen und durch Koth und tiefes Wasser zu Fuß gehen muß. Hier kann die Lokomotive nicht weiter, weil das Gewölbe mit riesigen Baumstämmen „eingebaut" ist. Die „schlechte Stelle", die aus weicherem und nachgiebigem Materiale besteht, hat den Technikern viel zu schaffen gemacht. Jetzt ist man der Hälfte der 70 Mtr., die sie lang ist, durch kolossale Quadermauern aus Granit und Zement Herr geworden, und Ende dieses Jahres wird das Uebel ganz und gar gebändigt sein. Bald nimmt uns eine zweite Maschine auf und befördert uns in den Anfang der eigentlichen Schwitzregion. Alles schwitzt hier. Die Arbeiter schwitzen,

---

gefragt, was sie darunter verstände, antwortete Weihnachten!! In die Schule gingen die Kinder nicht, für Kleidung und körperliche Sauberkeit wurden nicht die geringsten Vorkehrungen getroffen. Wurde von den kleineren Kindern eines krank, so mußten die größeren in der Nacht an den Betten, deren Einrichtung nur aus einem Pfuhle, Kopfkissen und leichter Steppdecke bestand, wachen, außerdem mußten die Mädchen, vier im Alter von 12—16 Jahren, alle häuslichen Arbeiten, auch das Waschen der Wäsche besorgen und die Braten und anderen Leckerbissen für den sauberen Patron und dessen Ehehälfte bereiten, der bei der geringsten Nachlässigkeit oder Versehen es an der brutalsten körperlichen Mißhandlung nicht fehlen ließ. Die armen kleinen Kinder waren, als sich die Kinderschutzgesellschaft ihrer erbarmte, in einem wirklich jammervollen Zustande, der Reverend aber ist vorläufig in Untersuchungshaft in den Tombs und wird hoffentlich seiner Strafe nicht entgehen, wenn dies auch bei den hiesigen Verhältnissen sehr leicht möglich ist.

Hätte er noch einen Funken von Gefühl in sich, so müßte er vor Scham sich verborgen haben, als er gerade zur Zeit der Erholungsstunde von einem Verhör nach dem Gefängniß zurückgeführt wurde und thatsächlich durch die Menge der Gefangenen, die unter Aufsicht der Wärter in den Gängen promenirten, Spießruthen laufen mußte. Er verlangte vom Aufseher sein Essen, dieser erwiderte, die Stunde dafür wäre vorbei und er müsse noch warten; dies war das Signal für die übrigen Gefangenen, Bemerkungen der verschiedensten Art trafen das Ohr des Kinderschinders und der Ruf: Gebt ihm genau die Kost, die er den ihm anvertrauten Zöglingen reichte, wurde von allen Seiten laut.

Doch wie bemerkt, das Wort: il y a des juges à Berlin, gilt für hier nicht und wird er das erste Mal verurtheilt, und vielleicht auch das zweite Mal, so kommt er beim dritten Prozeß sicherlich frei und an frommen Brüdern wird es dann auch nicht fehlen, die ihm Gelegenheit geben, in alter Weise weiter zu leben. Unsere Nachbarstadt Jersey City kann davon ein Lied singen. Die Frau eines Polizisten hat im Verein mit ihrem Zuhälter ihren Gatten ermordet, was ziemlich gut bewiesen war; das erste und zweite Mal wurden sie verurtheilt, das dritte Mal konnten die Geschworenen (jedes Urtheil muß nach hiesigem Gesetz einstimmig sein) sich nicht einigen und mußten entlassen, die Angeklagten aber deshalb in Freiheit gesetzt werden; und was nun? Die Frau des ermordeten Polizisten wird eine Vorlesertour unternehmen und unbedingt damit sehr viel Geld verdienen. Ist das nicht ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand?

Bei solchen Gelegenheiten überwiegt aber der Reiz den geraden Sinn des praktischen Amerikaners und auch der irische Agitator Parnell, der augenblicklich die U. S. bereist, um für die nothleidenden irischen Landsleute zu sammeln, würde, trotzdem er mehr für seine politischen Ideen agitirt als für die armen hungernden Brüder, einen durchschlagenden Erfolg gehabt haben, hätte er es unterlassen, sich mit der mächtigsten Zeitung der neuen Welt, dem „N.-Y. Herald" zu verfeinden. Eine bessere Antwort als diese Zeitung dem Sohne Erins auf die Beschuldigung, kein Herz für die Nothleidenden zu haben, gab, ist unmöglich. Die Eröffnung einer Subskription durch die täglich in hundert bis hundert und zwanzig tausend Exemplaren erscheinende Zeitung, in der als erste Beisteuer der Betrag von hunderttausend Dollars vom Besitzer derselben figurirt, ist ebenso großartig wie beschämend für den Beschuldiger. Mag auch bei dieser Beisteuer, die jedenfalls einzig in der Weltgeschichte dasteht als Handlung eines einzelnen Bürgers, ein gut Theil Reklame mitunterlaufen, wer will es wagen, deshalb einen Stein auf den Geber zu werfen — das Geld ist den armen Hilfsbedürftigen sicher und die Millionäre irländischer Abkunft, deren wir hier und in Kalifornien nicht zu wenig haben, werden dadurch aufgerüttelt und nolens volens gezwungen, sich auch mit angemessenen Summen zu betheiligen. Es sollte mich gar nicht wundern, wenn der „N.-Y. Herald" allein eine ebenso große Summe aufbrächte, als die Sammlungen in Großbritannien betragen.

Auch für das bedürftige Oberschlesien nehmen die Sammlungen einen guten Fortgang; in einigen Tagen werden die hiesigen „Schlesier" hier ein Konzert zu diesem Zwecke zu geben und ein anderes wird später in der Academy of Music stattfinden und hoffentlich den armen Landsleuten ein stattliches Sümmchen einbringen.

Newyork tanzt und erfreut sich am Mummenschanz! Geld haben wir und ein gutes Jahr ist in Aussicht, weshalb da traurig sein? Die Theater machen gute Geschäfte; der Liederkranz-Ball, der Ball der Bälle, war trotz des Eintrittspreises von Doll. 10=40 Mk. für Herr und Dame feiner und besuchter, als seit Jahren, und die für den am 19. stattfindenden „Arion"-Maskenball getroffenen Vorbereitungen dürften alles Bisherige weit hinter sich lassen. Eine sich immer gleich bleibende Anziehungskraft übt das Köster- und Bial'sche Konzertlokal in der 23 Straße, wo der langjährige Kroll'sche Orchester-Dirigent, Herr Rudolf Bial, mit seiner gut geschulten Kapelle allabendlich Konzerte giebt, aus. Das Lokal liegt aber auch bequem erreichbar durch Pferde- und Hochbahn und ist ein bequemer Aufenthaltsort. Der vordere Saal, durch eine doppelte Säulenreihe in drei Abtheilungen geschieden, ist 100 Fuß lang; in den Seitengängen zieht sich rund herum ein Balcon und durch Aufstellung verhältnißmäßig weniger Tische und Stühle ist hinreichender Raum zum Ein- und Ausgehen gelassen. Auf 3 Stufen steigt man hinan zu einem kleinen Gemach, in dem sich eine Kühlung spendende Fontaine mit lebenden Goldfischen und blechernen Enten befindet, während unter dem Glasdach sich eine Heerde gemalter Pfauen und ein Kranz von Gasflammen hinzieht, und von hier aus tritt man in einen weiteren 100 Fuß langen und 50 Fuß breiten Saal, an dessen Ende sich das Orchester befindet. Zur Linken desselben befindet sich ein ebenso großer Anbau, jetzt Winter-, im Sommer den Sommergarten vorstellend, und im Souterrain, zu dem vom ersten Saale und dem Winter-Sommer-Garten Treppen hinunterführen, befindet sich das Buffet und der Bierschank, sowie ein doppelter Schießstand und eine vierfache Kegelbahn. Die ganze Einrichtung ist sauber und geschmackvoll, die kalte Küche ausgezeichnet; das Bier, das einheimische für 5 Ct., das Erlanger, Kulmbacher, Pilsener oder Grätzer für 10 Ct., gleich gut, und die Musik ist eben von Bial. Da nun aber die Newyorker, obwohl es nur dies einzige derartige Konzertlokal hier giebt, sehr schwer zu befriedigen sind und Pausen ja auch unbedingt zu den Langweiligkeiten gehören, so bringt ein Virtuose in diesen Stücke auf einer an der Rückwand des Saales aufgestellten Orgel zum Vortrag und im Konzerte selbst wirkt der augenblicklich moderne Cornet-Virtuose Levy mit.

die mit entblößten Oberkörpern an den Seitenwänden oder an den „Sohlenschlitzen" in der Tiefe mit Hämmern auf ihre Bohrer schlagen. Der Lokomotivführer schwitzt, daß ihm die Tropfen auf das rußige Stück Brod fallen, in das er beißt. Es schwitzt der „Feuerwerker", der mit einer Kiste voll Dynamit an uns vorbei nach dem Ende des Tunnels zu geht.

Die Lokomotive pfeift ohne Unterlaß, inzwischen ertönen Hornsignale, es schreien, singen und pfeifen die Arbeiter, der Gestank wird immer ärger — und Alles ist phantastisch von dem flackernden Lichte der Oellampen beleuchtet, deren auch wir Jeder eine tragen. Dieses ungewisse Licht zittert auf den blassen Gesichtern, auf den berußten Menschenleibern, auf der Maschine und ihrem gespenstischen, langen, schwarzen Luftreservoir, auf den dampfenden, stöhnenden Pferden, auf den schwarzen Felswänden, die den Hintergrund jeder Gestalt, jeder Gruppe abgeben. Niemand als Adolph Menzel, der Maler der „Modernen Cyklopen", wäre im Stande, das dämonische Treiben im innersten Eingeweide des Granitberges in Farben auszudrücken.

Der Tunnel muß bis zum 1. Oktober 1880 dem Verkehr übergeben werden, die ganze Bahn erst 1884. Da jetzt jedoch erst der sogenannte Firststollen durch den Berg getrieben ist, erfordert die gänzliche Fertigstellung des Tunnels noch ungefähr 14 Monate, also 7 Monate über den kontraktlich festgestellten Termin. Für diese Zeitüberschreitung hätten die Unternehmer einen Strafsatz von 1,200,000 Frks. zu zahlen. Doch nimmt man an, daß es diesbezüglich zu einem Arrangement kommen werde, da die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung entgegenstellten, ungeheure und besonders in Airolo zum Theil unvorhergesehene waren. Darin stimmen aber alle Berichte überein, daß das riesige Unternehmen bis jetzt in hohem Grade gelungen sei.

Die eigentliche Gotthardbahn wird von Luzern knapp am nördlichen Ufer des Vierwaldstädter Sees über Küßnacht, durch die Hohle Gasse, an der Tell's-Kapelle vorbei nach Immensee führen. Von da am Rande des Zuger Sees und am Fuße des Rigi über Arth gelangt die Bahn längs des Lowerzer Sees bis Brunnen, um bis Flüelen wieder das Ufer des Vierwaldstädter Sees zu bestreichen. In Flüelen steigt die Eisenbahn sehr stark an, kehrt sich, bei dem furchtbar steil abstürzenden Pfaffensprung nächst Wasen, ununterbrochen in die Höhe strebend, dreimal im Kreise, um Göschenen, den nördlichen Eingangspunkt in den großen Gotthardstunnel, zu erreichen. Von Luzern bis hierher kommen nicht weniger als 26 bedeutende Tunnels und vier Brücken über den Reußfluß vor. Bei Airolo verläßt die Bahn das Gotthardgebirge, fällt tessinabwärts durch 11 Tunnels, geht sechs Mal über den Tessin und krümmt sich in doppelten Kehrschleifen an den großen Abstürzen von Faido und Giornico hinunter bis Biasca.

Belgien.

[Die belgischen Bischöfe] haben sich der friedlichen Strömung, die von Rom herüberweht, beugen müssen und beschlossen, in zwei wichtigen Punkten der Staatsgewalt sich zu fügen. Wie der „Etoile Belge" erfährt, beschloß eine Versammlung belgischer Bischöfe in Mecheln auf von Rom aus ergangene Weisung, daß der gesammte Episkopat an den Nationalfesten theilnehmen werde. Ferner sollen die Schüler aller Anstalten ohne Unterschied zur ersten Kommunion zugelassen werden, und den Geistlichen Instruktionen für den Religionsunterricht zugestellt werden. Geschieht die Zulassung der Staatsschüler zur Kommunion, so ist aller klerikalen Agitation gegen die Staatsschulen der Boden entzogen, da der Besuch der letzteren nicht — wie die Bischöfe wollten, — von dem Genuß des Abendmahles ausschließt.

Frankreich.

[Der „Temps" und die Berufung Hohenlohe's.] Der „Temps" bringt folgende offiziöse Mittheilung: Wir glauben zu wissen, daß Graf von St. Vallier an Minister Freycinet telegraphirt hat, daß alle jüngst durch die „Times" verbreiteten Gerüchte falsch und daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland freundlicher und friedlicher sind als je. Wenn Fürst Hohenlohe zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Deutschland erkoren wurde, so geschah das gerade, weil seine Sympathieen für Frankreich allbekannt sind. St. Vallier stellt die bezeichnende Thatsache ins rechte Licht, daß der Kaiser und die Kaiserin von Deutschland bei dem Mahle auf der französischen Botschaft zugegen gewesen sind. Seit zehn Jahren ist dies das erste Mal, daß der Kaiser und die Kaiserin von Deutschland der französischen Botschaft eine solche Aufmerksamkeit erweisen. Wir wollen hierzu noch bemerken, daß Hohenlohe, der noch in dieser Woche nach Paris kommen wird, der Regierung der französischen Republik persönlich die Gründe der Aenderung seiner Stellung auseinandersetzen und den durchaus friedlichen Charakter dieser Aenderung betonen wird, deren Bedeutung und Tragweite man in so unbegreiflicher Weise entstellt hat.

[Die Radikalen und die Auslieferung Hartmann's.] In Frankreich setzen die Radikalen einen förmlichen Petitionssturm gegen die Auslieferung des verhafteten Hartmann in Scene. Im „Mot d'Ordre" wird jeder Parteigenosse aufgefordert, eine Petition an die Kammern folgenden Inhalts zu unterzeichnen: „Die Unterschriebenen, darauf bedacht, die Ehre Frankreichs unverletzt zu erhalten, fordern die Kammern auf, die Auslieferung des Russen Hartmann zu verhindern, welcher unter der Anschuldigung des Attentats gegen das Leben des Czaren verhaftet ist". — Dem Blatte liegt zugleich ein Formular bei, welches blos ausgefüllt zu werden braucht und dann an die Redaktion des „Mot d'Ordre" gesandt werden soll. Insbesondere geht es im Quartier Latin lebhaft zu, woselbst am 1. d. eine allgemeine Studentenversammlung anberaumt wurde, welcher der alte Blanqui präsidirte. Unter den etwa 2000 Personen, welche den Saal der Rue Arras füllten, befanden sich vielleicht 200 Studenten, welche theilweise gegen den Zweck der Versammlung protestirten. Schließlich wurde nach tumultuarischen Verhandlungen die Annahme der Adresse proklamirt; in welcher es heißt, daß 2000 Studenten gegen die Verhaftung Hartmann's protestiren und dessen Freilassung verlangen. Den ganzen Abend hindurch herrschte im Quartier Latin große Aufregung; die Polizei ließ jedoch ruhig gewähren. Es liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß die Demonstrationen einen noch bedrohlicheren Charakter annehmen, wenn erst die Annahme an Wahrscheinlichkeit gewinnt, daß die Auslieferung des Hartmann in der That erfolgen soll. Der Umstand, daß der Eigenthümer des Hauses, aus welchem die elektrische Leitung nach der moskauer Eisenbahn führte, sowie ein anderer Belastungszeuge nach Paris zitirt worden sind, nöthigt allerdings zu dem Schlusse, daß die französische Regierung eventuell in die Auslieferung des Hartmann einwilligen wird. Es wird sich nur darum handeln, bis zu welchem Grade das französische Ministerium den Schuldbeweis für erbracht halten wird. Dagegen ist das letztere nicht in der Lage, jenen Zwischenfällen vorzubeugen, welche sich aus der von den Radikalen eingeleiteten Bewegung ergeben und alle „hochpolitischen" Erwägungen leicht zu Schanden machen könnten. Die Entrüstung der radikalen Blätter richtet sich gegenwärtig an erster Stelle gegen den Polizeipräfekten Andrieux, und es ist bezeichnend, daß nach der Mittheilung einiger Journale der Ministerrath sogar schon die Entlassung dieses Beamten in Erwägung gezogen haben soll. Man wirft dem Polizeipräfekten, wie das „Mot d'Ordre" hervorhebt, insbesondere vor, daß er durch seine Mittheilungen an die russische Botschaft hinsichtlich der Anwesenheit des Hartmann in Paris die ganze leidige Frage, die der Regierung so große Schwierigkeiten bereitet, hervorgerufen habe. Was den Fortgang des Verfahrens gegen den verhafteten Hartmann anbetrifft, so ist der Vertheidiger desselben, Engelhard, benachrichtigt worden, daß er bei dem Staatsanwalt die Akten einsehen könnte. Als Engelhard von dieser Ermächtigung Gebrauch machen wollte, erfuhr er, daß die Untersuchung noch nicht begonnen habe. Der Staatsanwalt erklärt aber zugleich, daß dem Vertheidiger jedenfalls Zeit gelassen werden würde, eine Vertheidigungsschrift zu Gunsten Hartmann's zu den Akten einzureichen. — Die „Patrie" will wissen, der russische Botschafter in Paris Fürst Orlow habe vom Nihilistenkomite in Paris die Anzeige erhalten, daß er zum Tode verurtheilt sei.

Großbritannien und Irland.

[Die Verhandlungen zwischen England und Persien, Herat betreffend], dauern fort. In Teheran werden die Rüstungen zu dem Heerzuge nach Herat mit größtem Eifer betrieben. Im persischen Lager zu Meschhed befindet sich seit einiger Zeit der afganische Sirdar Sikandar Ahmed Chan, welcher erst russische Dienste genommen, dann, nachdem er vorübergehend in Berlin und Paris sich aufgehalten, längere Zeit in London von einer kleinen Pension der britischen Regierung gelebt hat. Wie es heißt, spielt der 36jährige Sikandar Chan, dessen Vater sich längere Zeit als unabhängiger Herrscher von Serat gerirte und bei der Belagerung der Stadt seinen Tod fand, jetzt bei den englisch-persischen Unterhandlungen eine hervorragende Rolle. In Rußland verfolgt man die Vorgänge in Teheran, trotz der inneren Wirren, wie es scheint mit ungeschwächter Aufmerksamkeit. Die „Novoje Vremja" machte neuerdings den Vorschlag, Herat sollte von Rußland unter der Bedingung an Persien abgetreten werden, daß diese Provinz als neutrale Zone betrachtet werde, welche Indien von den russischen Besitzungen in Zentralasien trennt.

Rußland und Polen.

⊙ **Petersburg,** 29. Februar. [Wer sind die Mordbrenner?] Nicht neu ist der Versuch, das Odium der Morde, Diebstähle, Brandstiftungen und Explosionen, welche seit nahezu zwei Jahren Rußland beunruhigen und allen Anstrengungen der — freilich nicht zu klugen — Polizeiorgane spotten, von den braven, dem Zaren ergebenen Russen ab auf andere Nationalitäten zu wälzen, wobei man natürlich nicht verfehlt, auf Deutsch, Gartmann (Hartmann) und ähnliche Individuen hinzuweisen, ohne jedoch zu sagen, daß diese, trotz ihrer nicht russischen Namen, von Eltern stammen, deren Vorfahren seit unvordenklicher Zeit nach Rußland gekommen sind und sie selbst eine echt russische Erziehung und Bildung genossen haben, sich auch als echte Russen fühlen. Sie mögen ja ethnisch keine Russen sein; im nationalen Sinne sind sie es entschieden. Der alte halbwahnsinnige Panslawe Katkow hat außer den Juden und Deutschen noch eine Nationalität entdeckt, der er alle oben aufgezählten Verbrechen aufbürden möchte; es ist dies keine andere, als die polnische, auf die ja der Alte seit jeher nicht gut zu sprechen ist. In einem: „Der Staat in Gefahr" überschriebenen Artikel der „Moskowskije Wjedomosti" weist er, übrigens nicht das erste Mal, wenn auch nicht direkt auf die Polen als auf die verruchten Attentäter hin, und in der (russischen) „Petersburger Zeitung" hetzt unter dem Pseudonym „Osa" (die Wespe) ein Individuum direkt gegen die in Petersburg lebenden Polen. Der „Golos", der bekanntlich seit einiger Zeit die polnische Frage mit Glaceehandschuhen anfaßt, öffnet seine Spalten einem gewissen Winiarski zur Erwiderung. Im Schreiben Winiarski's ist gesagt, daß eine Denunziation, wie die der „Osa" unbeachtet gelassen werden müßte, weil sie zu unwürdig, zu gemein ist, als daß sie beachtet werden dürfte; jetzt aber, kurz nach dem verruchten Attentate, unter dessen Einflusse sich noch das Gemüth jedes rechtschaffenen Menschen ohne Unterschied der Nationalität befindet, müssen „Insekten" wie der „Osa" zurückgewiesen werden,

---

Nicht Alles ist Gold was glänzt; neulich war hier im Salon einer Dame der upper 10,000 eine Gesellschaft von lauter distinguirten Herren und Damen versammelt, und die Frau des Hauses, die einen prachtvollen Brillantring trug, zog diesen auf Wunsch einiger Herren vom Finger und reichte ihn zur Besichtigung im Kreise herum. Das Gespräch ging weiter, der Ring auch und — kam nicht wieder zur Besitzerin zurück trotz allen Suchens und aller Bemühung. Endlich, als die Gesellschaft aufbrach und die Herren ihre Ueberzieher anzogen, fand einer derselben den Ring in seiner Tasche, doch waren die Diamanten ausgebrochen!

Die „Newyorker Staats-Zeitung", die diesen Vorfall auch besprochen hat, fügte hinzu, daß die Thätigkeit der Polizei ungemein durch die Rücksichten, die sie auf die in hohen sozialen Stellen befindlichen Gäste jener Gesellschaft zu nehmen hätte, behindert werde; die Gute vergißt ganz, daß sie, wenn ein derartiger Fall aus Deutschland gemeldet wird, über den „traurigen Vorrang" der Geburt und des Geldes redet und schließt, daß in Amerika dies nie vorkommen könnte. Natürlich nennt sie in ihrem Berichte auch die Namen der in hohen sozialen Stellen Befindlichen nicht; als neulich aber ein armer Teufel sich aus irgend einem Grunde das Leben nahm und die Zeitungen noch besonders bat, seinen Namen zu verschweigen, fiel es der „Newyorker Staatszeitung" ebenso wenig wie einer anderen Zeitung ein, diesen Wunsch eines Sterbenden zu erfüllen, vielmehr druckten sie die Bitte mit dem vollen Namen ab.

Ein Sport, der hier immer noch eifrig betrieben wird, ist das Reiten auf 2rädrigen Velocipedes, „Bycicles" genannt. Vor einigen Wochen fanden sich denn auch mitternächtlicher Stunde ein halbes Dutzend Enthusiasten dieser Kunst in dem American Institute zusammen, befreiten die stählernen Rosse aus dem Kämmerlein und unter Führung eines Signalhornisten eilten sie durch die 59. Straße dem Boulevard zu. Männiglich wurde durch das ungewohnte Blasen ermuntert und öffnete die Fenster oder lugte hinter den Gardinen hervor, doch rasenden Laufes setzte die Reiterschaar ihren Weg fort bis sie das Ziel, circa eine deutsche Meile weit, erreicht hatte; hier ein Trunk und auf's Neue zu Roß zurück bis zur 82. Straße und da, verwegenes Beginnen hinein in den Zentral-Park, in welchem diese Gefährte bei Strafe verboten sind. Kein lebendes Wesen sonst ließ sich blicken, was Wunder, daß die jungen Leute dem Uebermuthe die Zügel schießen ließen und laut zu singen und zu jodeln beginnen, doch plötzlich verstummt der Ton in der Kehle, da zur Seite taucht ein Wächter des Gesetzes auf, der auch sofort das Hülfssignal auf der Pfeife ertönen läßt, um sich der Gesetzesübertreter zu bemächtigen; das würde ein schlechtes Ende der Fahrt sein, den Rest der Nacht in der Polizeistation verbringen, so denkt sicherlich auch der das Signalhorn blasende Führer; ein Ton und dahin fliegen die lustigen Reiter, lautlos der nächsten Ausgangspforte zu. Unbehelligt erreichen sie dieselbe, aber Müdigkeit bemächtigt sich des Einen, er fällt aus dem Sattel, gerade an einer Stelle, wo Schnee, Schmutz und Thauwetter ihr Aeußerstes gethan haben, einen gemüthlichen Platz für das grunzende Borstenvieh zu schaffen, und muß in ziemlich tristem Zustande wieder in den Sattel gehoben werden. Doch das Institut ist nicht mehr weit, bald waren die zweibeinigen Gäule abgeliefert und bei einem Trunk ließ sich gut über Abenteuer und Unfall scherzen.

Wer noch an der Gelehrigkeit und Bereitwilligkeit der Chinesen gezweifelt hat, sich mit amerikanischen Sitten und Gebräuchen bekannt und vertraut zu machen, wird wohl jetzt bekehrt sein. Vor einigen Wochen haben in einer bedeutenden Wäschefabrik in New-Jersey 80 Chinesen die Arbeit eingestellt, da ihnen der geforderte höhere Lohn nicht sofort bewilligt wurde. Es ist überhaupt ein großer, bei Ihnen nichts desto weniger sehr verbreiteter Irrthum, daß die Chinesen billiger arbeiten, wie die Europäer oder Amerikaner; dies ist nur in Kalifornien, wo jeder weiße Arbeiter mindestens 3 Dollars (12 Mark) pro Tag verdienen zu müssen glaubt, der Fall, hier im Osten sind die chinesischen Wäscher theurer, denn die meisten unter weißer Leitung stehenden Waschanstalten, und auch in allen anderen Fabrikationszweigen ist es unmöglich, Chinesen für billigeres Geld zu haben, als andere Kräfte.

Der Newyorker Stadtrath hat, wenn es nicht ein Fastnachtsscherz ist, den Newyorker Malern das Leben sehr sauer gemacht, er hat angeordnet, daß zur Kopie eines der Bilder im Gouverneurssaale die spezielle Erlaubniß seinerseits nöthig ist, und da es wohl vorkommt, daß die hochwürdigen Väter der Stadt, wenn es ihnen wo anders besser gefällt, mehrere Sitzungen hintereinander ausfallen lassen, so können und müssen die Maler eben warten. Da sind die Herren von der Armee doch besser daran. Der Major der Bundestruppen, Reno, ein liederlicher, verliebter Geselle, der aus letzterem Grunde Händel hatte, die unehrenhaft waren und mit Tödtung des Gegners endeten, war zur Kassation verurtheilt, und in jedem anderen Staate der civilisirten Welt wäre das Urtheil auch unfehlbar an ihm vollstreckt worden; nicht so hier, er erfährt das Urtheil und telegraphirt schleunigst nach Washington, ob er nicht um seinen Abschied einkommen dürfe, — nun staunen Sie nicht! — dies wird ihm bewilligt und der Abschied dann in Gnaden ertheilt. Da hat es unser Landsmann, der Minister des Innern, Herr Karl Schurz, kürzer gemacht, er hat den Kommissar der Indianer-Angelegenheiten, Hayt, der sich große Unregelmäßigkeiten hat zu Schulden kommen lassen, brevi manu abgesetzt, und wird dabei nicht auf Widerstand stoßen, wie es dem Oberbürgermeister von Newyork passirt ist, der mit den von ihm wegen Pflichtversäumniß abgesetzten Kommissaren der Polizei, ein aus vier Mitgliedern bestehendes Kollegium, dem die ganze Polizeigewalt untersteht, auf Befehl des Gerichts weiterregieren muß.

Wir können uns wirklich nicht beklagen; Fastnachtsscherze überall in der City Hall und in den Tombe, wo neulich ein gebildeter Dieb drei Viertel aller Polizisten für Diebshehler erklärte und behauptete, ihrer ein Dutzend namhaft machen zu können, die auf der Straße die ihnen bekannten professionellen Diebe um 10 Dollars anpumpten, sich aber auch mit weniger begnügten, natürlich um das Geld nie wieder zu geben; möchte nur der Aschermittwoch für diese bald kommen; so daß der friedliche Bürger auch wirklich in Frieden schlafen kann.

E. Annim.

dies geschehe am besten, bezüglich der gegen die Polen geschleuderten Verleumdungen, dadurch, daß man auf ihr Verhalten während des letzten Krieges, auf ihre Bravour bei Erstürmung der Balkanübergänge, auf die, selbst von Emigranten in Paris gestifteten Kirchen hinweise, in denen Andachten aus Anlaß der Rettung des Kaisers abgehalten wurden. Winiarski behauptet zum Schlusse, daß überhaupt die Polen, man möge sonst von ihnen sagen was man wolle, zum Königsmorde nicht fähig sind.

[Die Panik vor dem 2. März.] Aus Petersburg schreibt man: Viele Kaufleute beabsichtigen am 2. während des ganzen Tages die Läden geschlossen zu halten aus Furcht vor Straßentumulten. Die furchtsamsten Einwohner Petersburgs sind aber schon abgereist. Am zweiten und dritten Tag nach dem Attentat fingen schon viele an zu fliehen und noch heute dauert die Abreise auf den Bahnhöfen der Baltischen und Warschauer Bahn fort. Eine große Anzahl Aengstlicher hat sich nach den deutschen Städten der Ostseeprovinzen, nach Riga, Reval, Wesenberg, Libau und Mitau begeben, wo man sicher zu sein hofft. — Eine Revision sämmtlicher Quartiere in Petersburg steht bevor; man will sich dabei versichern, ob die Einwohner alle mit richtigen Pässen versehen sind. Die meisten öffentlichen Gebäude sind durch Gardeabtheilungen umstellt und werden scharf bewacht; es ist untersagt, auf den Trottoirs vor denselben zu gehen. Als Beweis dafür, daß es sogar unter der Polizei Anhänger des Nihilismus giebt, kann folgender Vorfall dienen, der sich wenige Stunden nach dem letzten Mordversuche in einem hiesigen „Traktir" (Schenke) an der Ecke des Newski-Prospekts und der Sadowaja abspielte. Ein Herr stürzte athemlos ins Gastzimmer und erzählte, was im Winterpalast geschehen sei. Darauf erwiderte ein Polizei-Lieutenant, der am Buffet stand: „Tak i nado" (So muß es kommen), und als die Gäste sich erhoben und wüthend auf den allerdings berauschten Offizier eindrangen, da rief dieser noch lauter: „Tak i nado, tak i sljednjet" (So muß es kommen, so ist's recht). Er wurde von den Anwesenden erst gründlich durchgebläut und dann der Wache befördert.

Türkei.

[Die Autorität des Berliner Vertrages] wird demnächst Gelegenheit haben, sich in den annoch ihrer Erledigung harrenden Detailfragen des Orientproblems zu bethätigen. Wir entnehmen das einem Apercu der „Pol. Korr.", welches sich auch die amtliche „Wiener Zeitung" ohne weiteres aneignet. Die griechische Frage befindet sich im Augenblicke in einer Phase, welche eine rasche Lösung hoffen läßt. Die Wiederbesetzung einer politisch-technischen Kommission ist so viel als gewiß. Dieselbe wird aus Diplomaten und Militairs gebildet werden. Die berliner Signatarmächte werden je zwei Delegirte, also im Ganzen zwölf entsenden. Jede Macht wird aber nur eine Stimme haben. Eine Schwierigkeit würde im Falle der Stimmengleichheit eintreten; da aber dermalen alle europäischen Kabinete für ein rasches Arrangement der Frage sind, so ist diese Schwierigkeit nicht zu besorgen. Im Interesse einer baldigen Lösung darf man wohl nicht hoffen und annehmen, daß die Kommission befugt sein werde, endgültige Beschlüsse zu fassen. Vielleicht wird man in dieser Frage glücklicher sein, als in der Arab-Tabia-Angelegenheit. Diese letztere ist noch in der Schwebe, dürfte aber bald wieder aufs Tapet kommen und allem Anscheine nach einer raschen Lösung zugeführt werden. Die Angelegenheit Gusinje-Plava wird in den wiener politischen Kreisen als nahezu abgemacht betrachtet. Die von Montenegro beanspruchte Entschädigung hält man weder für gerechtfertigt, noch glaubt man, daß sie ein ernstes Hinderniß bei dem projektirten Abkommen bilden werde.

Parlamentarische Nachrichten.

* Dem Reichstag sind zwei umfassende Gesetzentwürfe mit ausführlicher Begründung zugegangen, welche eine Ergänzung der Konkursordnung bilden. Der eine betrifft das Pfandrecht an Eisenbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben, der andere das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen. Der erstere Gesetzentwurf besteht aus sieben Abschnitten: Eisenbahneinheit, Eisenbahnschulden, Zwangsvollstreckung, Zwangsverwaltung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren, Schlußbestimmungen; der zweite ebenfalls aus sieben Abschnitten: Bestellung des Faustpfandrechts, Vertretung der Pfandbriefgläubiger, Zwangsliquidation, Kostenbestimmungen, Strafbestimmungen, Kommunal-Obligationen, Schlußbestimmungen. Die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung dieser Fragen ist bei den Verhandlungen über die Reichsjustizgesetze, insbesondere über die Konkursordnung, wiederholt in Anregung gebracht worden. In der Sitzung vom 21. Dezember 1876 hat der Reichstag beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, womöglich noch vor dem Inkrafttreten der Konkursordnung die einheitliche Regelung der § 17 des Entwurfs des Einführungsgesetzes behandelten Gegenstände im Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen. Das Bedürfniß einer gesetzlichen Regelung der Angelegenheit ist ebenso anerkannt, wie die Nothwendigkeit, dieselbe bei ihrem weit über die Landesgrenzen hinausreichenden Umfang und Wirkungskreis auf dem Wege der Reichsgesetzgebung ins Werk zu setzen. Freilich entsteht die Schwierigkeit, daß die reichsgesetzliche Regelung sich vorerst nicht an ein fest begründetes einheitliches Zivilrecht anlehnen kann. Ein einzelner Gegenstand des Zivilrechts kann nicht ohne Gefahr aus seinem natürlichen Zusammenhange herausgenommen werden. Das Bedürfniß reichsgesetzlicher Regelung tritt hervor, während die zur Ausarbeitung eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs berufene Kommission damit beschäftigt ist, allgemeine Grundsätze für das künftige Zivilrecht zu gestalten, mit denen die Bestimmungen der vorliegenden Gesetzentwürfe nicht in Widerspruch gerathen und denen sie nicht vorgreifen dürfen. Einigermaßen mindern sich diese Schwierigkeiten im Hinblick auf die Lage der Arbeiten der zur Ausarbeitung eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs berufenen Kommission. Dieselben sind zwar noch nicht zum Abschlusse gekommen; dennoch läßt sich bereits mit einiger Bestimmtheit erkennen, welche Wege die künftige Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete im Allgemeinen befolgen wird. Wenn auch die Gesetze ihre Ergänzung in den Partikularrechten zu suchen haben werden, so läßt sich doch ein ausreichendes Maß einheitlicher Bestimmungen erreichen.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 3. März. Gestern Abend nach dem Schluß der Vorstellung im Theater Monnaie erfolgte in dem Augenblick, wo der Hofwagen mit der Königin um die Ecke der Rue Ecuyer bog, eine heftige Detonation. Es war das Gerücht verbreitet, es sei auf den Wagen der Königin geschossen. Eine sofortige Untersuchung ergab, daß es sich um die Explosion einer von einem Individuum geworfenen Petarde handelte. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

Berlin, 3. März, Abends 5 Uhr.

Der „Reichs-Anzeiger" publizirt eine Verfügung des Kaisers an den Reichskanzler vom 23. Februar, welche genehmigt, daß für das Ressort des General-Postmeisters eine dritte Abtheilung errichtet werde, und die oberste Reichsbehörde für die Verwaltungszweige dieses Ressorts künftig die Bezeichnung „Reichspostamt" erhalte und der General-Postmeister künftig den Titel „Staats-Sekretär" führe. Wegen Errichtung einer dritten Direktorstelle hat der Reichskanzler die endgiltige Feststellung durch den Etat herbeizuführen.

Karlsruhe, 3. März. Die Erste Kammer nahm das Examen-Gesetz für Geistliche gemäß den Beschlüssen der Zweiten Kammer mit allen Stimmen gegen eine an.

Petersburg, 3. März. Der „Regierungsbote" theilt die Glückwunschadressen des Reichsraths und des Senats und die Antworten des Kaisers darauf mit. In der Antwort auf die Adresse des Reichsraths dankt der Kaiser für den Ausdruck treuer Gefühle und für die Mithilfe des Reichsraths und der jetzigen und früheren Minister bei den großen legislatorischen Arbeiten; er gedenkt der bereits verstorbenen Theilnehmer an dem Reformwerk und der besonderen Theilnahme des Großfürsten Konstantin an der Bauernreform, spricht die Hoffnung auf des Reichsraths Hilfe bei den noch bevorstehenden Arbeiten und schließlich das Vertrauen aus, Gott werde Rußland aus den jetzigen schweren Tagen herausführen. Die Antwort des Czaren auf die Adresse des Senats drückt die Hoffnung aus, der Senat werde auch künftig wie bisher zu Rußlands Wohl wirken und seine Thätigkeit auf die Bekräftigung der legalen Ordnung richten. Der Kaiser hofft, er werde auch künftig Gelegenheit haben, dem Senat für die loyale Erfüllung seiner Pflichten zu danken. — Das Kabinetsschreiben des deutschen Kaisers an den Czaren wird von der russischen Presse sympathisch begrüßt. Der „Golos" findet dasselbe im gegenwärtigen Augenblicke besonders geeignet, die russische Gesellschaft zu beruhigen.

Petersburg, 3. März. Heute Nachmittag gegen 2 Uhr wurde auf Loris-Melikoff bei dem Eingange in dessen Wohnung auf dem großen Morskoi von einem jungen Manne aus nächster Nähe ein Schuß abgefeuert. Loris-Melikoff blieb unverletzt, der Thäter wurde verhaftet.

Petersburg, 3. März. Ein unbekannter, etwa 30jähriger Mann schoß mit einem Revolver aus unmittelbarer Nähe auf Loris-Melikoff, als dieser vor seinem Hause aus dem Wagen stieg. Loris-Melikoff ist unverletzt, seine Uniform durchschossen. Loris-Melikoff selbst ergriff den Verbrecher.

Vermischtes.

* **Ein ehemaliger österreichischer Offizier Besitzer der Robinson-Insel.** Der gegenwärtige Besitzer der bekannten Robinson-Insel San Juan de Fernandez ist ein Schweizer, und zwar ein Bernburger mit Namen Alfred v. Rodt. Eigentlich hat er die Insel nur von der chilenischen Regierung gepachtet. Herr v. Rodt ist der Sohn eines Berner Geistlichen und trat 1864 mit 21 Jahren in österreichische Dienste, wurde Kürassier-Lieutenant, focht 1866 in Böhmen, wurde bei Nachod verwundet, mußte als Invalide für einmal dem Militärdienst entsagen und ließ sich in Paris nieder. Als 1870 die Preußen anrückten, trat er gegen seine alten Widersacher als Volontär in die französische Armee, half Paris vertheidigen und focht bei Champigny mit. Nicht lange darauf finden wir ihn in Chile; es ging ihm gut und er pachtete die genannte Insel in der Absicht, sie zu kolonisiren und zugleich von dort aus durch Verproviantirung der Wallfischfahrer Geld zu verdienen. Zu diesem Zweck treibt er Viehzucht und Ackerbau und ist mit seinem Assozié und den von Chile herübergebrachten zahlreichen Arbeitern der einzige Bewohner der interessanten Insel. Ueber die letzteren führt er ein ganz patriarchalisches Regiment; er ist ihr Herr und Richter und fährt gut mit ihnen, so lange er ihnen keinen — Schnaps zugehen läßt. Vor nicht gar langer Zeit hat er beim schweizerischen Bundesrath um die Erlaubniß nachgesucht, sein Dampfschiff unter schweizerischer Flagge fahren zu lassen, welches Gesuch jedoch in ablehnendem Sinne beantwortet wurde.

* **Zu den Uebersetzungssünden** bringt die neueste Nummer der „Gegenwart" folgenden Beitrag: Vielleicht gestatten Sie einem Leser der „Gegenwart" die deutschen Uebersetzersünden durch ein, Ihren heutigen Lesern sicher unbekanntes oder längst vergessenes Beispiel zu vermehren, welches dadurch um so ergötzlicher wirkt, als sich das Mißverständniß eines alltäglichen englischen Wortes durch einen ganzen Artikel hinzieht. Einer der handwerksmäßigen Uebersetzer, welche seit Jahren (leider auch jetzt immer noch!) das Cotta'sche „Ausland" durch ihr haarsträubendes Deutsch zu verunzieren pflegen, — ein Mann, dem offenbar turtle soup (Schildkrötensuppe) auch nicht dem Namen nach bekannt geworden ist, brachte im Jahrgang 1863 einen aus Chambers' Journal übersetzten Artikel über die afrikanische Insel Ascension und den dortigen Schildkrötenfang, in welchem er das schwerfällige Reptil beharrlich in einen Vogel verwandelt, ohne in den folgenden (wörtlich aus S. 453 mitgetheilten) Sätzen den Widersinn zu bemerken: „Auf der Südwestseite der Insel ist eine Bucht, Turtle-bay genannt, wo die Turteltauben, welche einen nicht geringen Theil der Nahrung der Bewohner bilden, gefangen werden. Gewöhnlich fängt man die Weibchen, da sie an den Strand heraufkommen, um ihre Eier zu legen. Sie thun dies an der Küste und wenn sie dann mit ihren Hinterfüßen ein wenig Sand aufgekratzt und die Eier damit bedeckt haben, lassen sie dieselben durch die Sonnenhitze ausbrüten. Hat die Turteltaube diese Arbeit vollbracht, dann fliegt (floats!) sie sogleich nach dem Meere hinaus, wird aber auf der Rückkehr abgeschnitten, auf ihrem Rücken herumgedreht, und dort in einem hilflosen Zustande liegen gelassen, bis das hierzu bestimmte Boot herbeikommt, um sie abzuholen. — Sic! In der That ein seltsamer Vogel! Prof. Heinrich Kiepert.

Locales und Provinzielles.

Posen, [illegible] März.

r. [In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung] wurde ein Schreiben des Theaterdirektors Grosse verlesen, nach welchem demselben vom Magistrat zu Augsburg die Direktion des dortigen Stadttheaters übertragen worden ist. Die Versammlung beschloß, Herrn Grosse die Schließung des hiesigen Stadttheaters schon zu Palmsonntag d. J. zu gestatten und ihm die für Theatermeister ꝛc. kontraktlich pro Spielabend zu zahlenden 6 M. während der Wintersaison 1879/80 zu erlassen, unter der Bedingung, daß er auf alle vermeintlichen Ansprüche an die Stadtgemeinde Posen verzichtleiste.

= [Das Programm der polnischen Sozialisten.] Bisher hat die polnische Publizistik standhaft die Existenz von Sozialisten unter den Polen geleugnet; es wurde sogar behauptet, der Sozialismus sei unter den Polen unmöglich, weil die gebildeteren Klassen den sozialistischen Lehren nicht zugänglich, die unteren aber zu ungebildet seien, um überhaupt ein Verständniß für Sozialdemokratie zu haben. Der Prozeß gegen eine große Anzahl von Sozialisten, welcher derzeit in Krakau verhandelt wird, beweist das Irrthümliche dieser Ansicht und hat bis jetzt bereits Thatsachen an's Tageslicht gezogen, die hinlänglich darthun, daß es auch unter den Polen Sozialdemokraten giebt und daß diese ein allen Sozialisten gemeinsames Programm haben. Die Staatsanwaltschaft in Krakau hat das Programm der polnischen Sozialdemokraten, das im Jahre 1878 in Brüssel veröffentlicht, aber bereits im September 1870 in Warschau berathen und angenommen worden ist, öffentlich verlesen. Aus ihm ersehen wir, daß die polnischen Sozialisten dieselben Klagen gegen die menschliche Gesellschaft erheben, wie die deutschen; daß sie das Kapital mit eben so neidischen Blicken in fremden Händen sehen, wie ihre deutschen Brüder; daß sie, wie die letzteren, die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapitale als die Quelle der politischen, moralischen und materiellen Abhängigkeit betrachten und sich von der Vernichtung des Kapitals eine goldene Zukunft der Unabhängigkeit versprechen, ferner daß sie, wie der Genfer Sozialistenkongreß im Jahre 1866, keinen Unterschied der Race, des Bekenntnisses und der Nationalität kennen, folglich, wie unsere Sozialdemokraten, vaterlandslos sind. Die polnischen Sozialdemokraten, wie sie im Krakauer Prozesse sich darstellen, unterscheiden sich insofern von den deutschen, als an ihrer Spitze keine einzige Persönlichkeit von einiger geistigen Bedeutung steht; einige verkommene Studenten, Seminaristen und Schüler von Mittelschulen, neben einer größeren Anzahl von Gesellen, bilden das Kontingent, das die polnische Sozialdemokratie der deutschen stellen wollte und konnte, ein Kontingent, das eben hingereicht hat, um zu beweisen, daß auch die Polen den Lehren der Sozialdemokraten zugänglich sind.

+ **Personal-Veränderungen:** a) bei der königl. Direktion der Ostbahn. Der Regierungs-Assessor Noepell ist von Bromberg nach Köln a. Rh. versetzt und zum Mitgliede der mit dem 1. Februar d. J. für die Verwaltung des Köln-Mindener-Eisenbahnunternehmens daselbst in Wirksamkeit getretene Königl. Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn ernannt. Der Regierungs-Assessor v. Rabenau ist von Bromberg nach Breslau versetzt und mit der kommissarischen Wahrnehmung der Funktionen des zweiten Mitgliedes der dortigen Königl. Eisenbahn-Kommission (Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn) betraut. Der Kreisrichter a. D. Michaelis ist auf seinen Antrag aus dem Eisenbahndienst ausgeschieden. Der Werkstätten-Vorsteher Mertz der Saarbrücker Eisenbahn ist zum Königl. Eisenbahn-Maschinenmeister ernannt und als Vorsteher der Abtheilung für das Rechnungswesen im maschinentechnischen Büreau der Königl. Direktion der Ostbahn nach Bromberg versetzt. — b) bei der Königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn. Lokomotivführer Gogoll von Myslowitz nach Inowrazlaw versetzt. — c) bei der Ober-Post-Direktion zu Bromberg. Postpraktikant Schulz in Bromberg als Postsekretär angestellt.

d. **Grundlose Anschuldigungen.** Ueber die Lieferung der Bücher für die hiesigen städtischen Schulen brachte der „Kuryer Pozn." und nach ihm der „Dziennik Pozn." vor wenigen Tagen folgende Mittheilung: Zur Lieferung der Bücher für die hiesigen Schulen ꝛc. habe der Magistrat gewöhnlich einen Termin behufs Einreichung von Submissionsofferten ausgeschrieben; so sei es auch im vorigen Jahre geschehen, und habe hierbei der Buchhändler Leitgeber (ein Pole) als Mindestfordernder die Lieferung der Bücher bis zum 1. April d. J. erhalten. Zur Lieferung der Bücher von diesem Termine an hätte aufs Neue ein Submissionstermin ausgeschrieben werden müssen; indessen sei dies nicht geschehen, und, wie man höre, werde künftig ohne jede Submission ein anderer hiesiger Buchhändler (ein Deutscher), Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, die für die Schulen nöthigen Bücher zu liefern haben. Es sei nicht recht zu glauben, daß der Magistrat irgend Jemandem, besonders einem Stadtverordneten, ohne Submission die Bücherlieferung übertragen werde, und der „Dziennik Pozn." richtet demnach an den Magistrat die Anfrage, ob die Sache sich in Wirklichkeit so verhalte? — Der „Dziennik Pozn." würde gut thun, zur Beantwortung dieser Frage doch in seiner eigener Nummer 7 vom 10. Januar d. J. nachzusehen, wo im Inseratentheil an erster Stelle eine vom Magistrate der Stadt Posen unter dem 6. Januar dieses Jahres erlassene Bekanntmachung steht, welche mit folgenden Worten beginnt: „Die Lieferung sämmtlicher für die Magistrats-Bibliothek, die städtischen Schulen und sonstigen städtischen Institute nöthigen Bücher soll im Wege der Submission auf ein Jahr vom 1. April 1880 bis ultimo März 1881 ꝛc. vergeben werden; zu diesem Zwecke steht Montag, den 19. Januar d. J. Vormittags 10 Uhr Termin an" ꝛc. Dieselbe Annonce ist ebenso auch in Nr. 22. der „Posener Zeitung" vom 10. Januar d. J. enthalten. Hätten der „Dziennik Pozn." und der „Kuryer Pozn.", ehe sie ohne jede Ursache den Magistrat angriffen, bei irgend einem hiesigen Buchhändler Erkundigungen eingezogen, so hätten sie in Erfahrung gebracht, daß der Submissionstermin vorschriftsmäßig am 19. Januar d. J. abgehalten worden ist, daß 7 Offerten zu demselben, darunter auch eine von dem Buchhändler Leitgeber, eingereicht worden sind und daß in dieser Offerte $16\frac{1}{3}$ bis $25\frac{1}{4}$ pCt. Rabatt bewilligt worden sind; daß ferner Buchhändler Leitgeber 21 pCt. und die beiden nächstfolgenden Buchhändler 22 und $25\frac{1}{4}$ pCt. Rabatt offerirt haben, und daß der Magistrat demjenigen Buchhändler, welcher den höchsten Rabatt bewilligte und zufällig gleichzeitig Stadtverordneter ist, den Zuschlag ertheilt hat. Es sind also in der obigen Mittheilung der polnischen Zeitungen alle Angaben von Anfang bis zu Ende falsch und unrichtig. Man ersieht jedoch hieraus, mit wie unglaublicher Nachlässigkeit die polnischen Zeitungen überhaupt redigirt werden.

s. **Vortrag im Handwerkerverein.** Am 2. März hielt Herr Redakteur A. Stark im Handwerkerverein einen Vortrag über das alte deutsche Zunftwesen. Im Eingange charakterisirte er die Geburtsstände der Germanen, welche sich in Edle, Freie und Leib-

eigene oder Hörige gliederten, zeigte, wie das Handwerk, das anfänglich in Deutschland mit dem Landbau zusammenhing und nur von Hörigen auf den Höfen der Freien betrieben worden, mit den steigenden Bedürfnissen sich allmälig von dem Landbau schied und durch Theilung der Arbeit, erweiterten Handel, Erschließung ferner Länder, vermehrten Gedankenaustausch und vermehrte Verkehrsmittel sich selbstständig entwickelte. Diese Entwickelung wurde noch hauptsächlich durch Anlegung größerer Städte im 8. und 9. Jahrhundert durch die Kaiser aus dem sächsischen Fürstenhause, die Bischöfe und Klöster gefördert. Dem Bilde der Entwickelung des deutschen Gewerbes in Bezug auf die volkswirthschaftliche und materielle Seite bis zum J. 1000 n. Chr. schloß sich eine Betrachtung der sozialen und politischen Lage der damaligen Handwerker an. In den ersten Jahrhunderten des Mittelalters bildet der Grundbesitz den Charakter des edlen Standes als eigentlich berechtigendes Element zur Herrschaft und als herrschendes wirthschaftliches Prinzip; der Grundbesitz wird die Basis der Verfassung, also des Staatsrechts, und die Quelle der gesellschaftlichen Unterschiede, welche im Standes- oder Privatrechte ihre Verkörperung finden. Die öffentliche Macht erscheint in der Lehnsverfassung mit den Elementen des Grundbesitzes, dem Adel und Klerus, die auch wirklich die Lasten und Pflichten des Staates tragen. Neben diesen ersten Ständen suchten die städtischen Gemeinschaften ein wirkendes Glied im Staatsorganismus zu werden. Sie erwarben sich ein besonderes Standesrecht und der bewegliche Besitz kam neben dem Grundbesitz zur Geltung und zur Macht. Als sogenannter Stand war alle städtische Bevölkerung gleich, nur um die Qualität und Quantität der Gemeinderechte entbrannte innerhalb der Städte der Kampf der Handwerker mit den Altfreien, Alt- oder Vollbürgern, auch Patrizier genannt. Die Handwerker lernten ihre Macht, den Werth der Arbeit der Gesellschaft gegenüber immer mehr fühlen und steckten sich bei weiterer Entwickelung weitere Ziele. Das Verhältniß der städtischen Handwerker zu den hofberechtigten Herren war ein anderes geworden; es war durch Satzungen und Verträge mit den Zünften geregelt, die sich schon in allen Handwerkszweigen eingebürgert hatten. Es wurden nun die Zwecke, die Entstehung, die Organisation der Zünfte nach ihrer Rangordnung und inneren Einrichtungen, das Verhältniß der drei Klassen derselben, der Meister, Gesellen und Lehrlinge, ihre Verfassungen (Zunftordnungen, Zunftrollen, Gildebriefe 2c.) mit ihren Bestimmungen über den Gewerbebetrieb, Zunftzwang, über Gerichtsstand, Marktpolizei, Abgaben und Bußen, über Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlinge, Bedingungen ihrer Aufnahme, Arbeitszeit, Lohn, sittliches Verhalten, Unterstützungen und ihre theilweisen Auswüchse dargelegt, die Zunftgebräuche und Formalitäten u. dgl. Der Vortrag beleuchtete hierauf den Einfluß der Zünfte auf die Entwickelung der Gewerbe und die politische und soziale Stellung der Handwerker, die Wirkungen des ausgebreiteten Handels, der Verbindung der Kunst mit dem Handwerk, welche Meister- und jetzt noch unerreichte Musterwerke geschaffen und in den mannigfachsten Erfindungen von weltgeschichtlicher Bedeutung die gewerbliche Blüthe kennzeichneten. Zur politischen Bedeutsamkeit und der sozialen Hebung des Handwerkers war von hoher Wirkung die Stellung der Städte und Handwerker, welche sie im Kampfe der deutschen Kaiser mit dem Partikularismus und dem Klerus als Freunde der Ersteren im 11. und 12. Jahrhundert eingenommen.

Nach einer kurzen Schilderung der häuslichen Verhältnisse des zu hohem Wohlstand gelangten und selbst luxuriös auftretenden Handwerkers (Kleiderordnungen), des Patrizier-Regimentes und der Verbote der Zünfte und Innungen durch Kaiser Friedrich II., das von demselben wieder zurückgenommen wurde, der Vereinigung der Zünfte in einer und in mehreren Städten zu Schutz- und Trutzbündnissen gegen die Räubereien und Fehden des Adels und nach einer nochmaligen kurzen Zusammenfassung der bewegenden Ursachen des Emporkommens der Gewerbe und Zünfte erörterte der Vortrag zum Schlusse die Ursachen, welche den Rückgang und Verfall des deutschen Handwerks und Zunftwesens allmälich herbeiführten. Als äußere Ursachen wurden angeführt das Schwinden der bürgerlichen Wehrhaftigkeit mit der Vermehrung der fürstlichen Heere und dem Landfrieden von 1495, die steten Kriege und Fehden, die politische Erschlaffung der Bürger, die heftigen Kämpfe gegen das Papstthum, die Entdeckung Amerikas, Umschiffung Amerikas, Auffindung des Seeweges nach Indien, welche eine großartige Umgestaltung aller Verkehrs- und Wirthschafts-Verhältnisse zur Folge hatten und Deutschland aus seiner Stellung als Zwischenhändler des Welthandels verdrängten; ferner der Monopolienzwang, die Münzverschlechterung, die veränderte staatswirthschaftliche Politik Englands im 16. Jahrhundert, die religiösen Streitigkeiten und der 30jährige Krieg. Als schädliche Maßnahmen der Zünfte wurden bezeichnet das allmähliche Schwinden der Hauptgrundsätze der Zünfte, Lockerung der genossenschaftlichen Einigung, ihre irrationelle Beeinflussung des Lohnes und der Preise und ungerechten Beschränkung der persönlichen freien Bewegung. Der Vortrag berührte noch die Zeit der allmählichen Zerbröckelung der Zünfte, das Merkantil-System, die neue Handels- und Gewerbepolitik des großen Kurfürsten und anderer deutscher Regenten, den Einfluß der ersten Baumwollspinnmaschinen und der Dampfkraft, die Bildung des neuen Fabriksystems 2c. bis zur Einführung der Gewerbefreiheit und wesentlichen Auflösung der Zünfte, und schloß mit dem Hinweis, daß nach der Geschichte des Zunftwesens die Blüthe des deutschen Handwerks auf der genossenschaftlichen Selbsthilfe beruhte, sein Vorfall aber aus den Beschränkungen der Erwerbsfreiheit und der freien Bewegung hervorging und diese Lehre in der neuen Innungsbewegung unserer Tage wohl zu beherzigen sei. Nur das Gute des Alten könne im Neuen verwendet werden; das einige feste Zusammenwirken der Berufsgenossen, geregeltes Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Sinn für Ehre und gute Sitte, tüchtigste Fachausbildung, Verbindung zwischen Kunst und Gewerbe und redliche Mithilfe eines Jeden zur Hebung des künftigen deutschen Gewerbes.

d. **Aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten** ist von der königl. Polizeidirektion die Räumung der Wohnungen in dem Hause Wasserstraße 18, welches vor mehreren Jahren von der Stadtgemeinde Posen zur Verbreiterung der Windgasse und Herstellung einer besseren Kommunikation zwischen Neuem Markt und Wasserstraße angekauft wurde, zum 1. April d. J. bei Vermeidung zwangsweiser Emission im Wege polizeilichen Zwanges angeordnet worden.

r. **Danksagung.** Dem Oberbürgermeister Kohleis wurde vor einigen Tagen von einer Deputation der Lehrerkollegien der hiesigen Stadtschulen der Dank dafür ausgesprochen, daß es seinen Bemühungen vornehmlich gelungen sei, die Aufbesserung der Gehaltsskala der Volksschullehrer der Stadt Posen durchzusetzen.

J. **Aus dem Kreise Buk,** 28. Februar. [Aus Kuschlin. Bedürfniß eines Arztes. Schulhausbauten.] In dem Dorfe Kuschlin hiesigen Kreises ist die Niederlassung eines Arztes Bedürfniß. In Kuschlin ist der Sitz eines Distrikts-Amtes, eine Postagentur und steht in diesem Jahre die Erbauung einer evangelischen Kirche in Aussicht. Kuschlin, sowie die umliegenden Ortschaften haben ungefähr 6500 Einwohner und sind in der Umgegend bedeutende Rittergüter, so daß der in Kuschlin sich niederlassende Arzt eine sehr gute Praxis haben würde. Um dahin zu wirken, daß sich in Kuschlin ein Arzt niederläßt, ist von mehreren Herren beschlossen worden, ein Bittgesuch an die königliche Regierung zu richten, worin sie um Ertheilung der Konzession zur Errichtung einer Apotheke bitten. Sofern die königliche Regierung dieser Bitte entspricht, wird sich wohl leicht ein Apotheker und schließlich auch ein Arzt für Kuschlin finden. — In dem Polizei-Distrikt Kuschlin haben die Schulgemeinden sehr viel in diesem Jahre mit Bauten zu thun. In Chraplewo ist das Schulhaus reparirt worden; in Glupon wird ein neuer Stall gebaut; in Bródki ist auch ein Bau in Aussicht, ebenso in Sliwno. In Wonsowo wird ein neues Schulhaus gebaut, und im alten Schulhause werden die Klassenzimmer in eine Lehrerwohnung umgewandelt. Bei diesem Baue kommt Herr Hardt als Gutsherr der Gemeinde sehr entgegen. Herr Hardt hat sich von jeher bei Schulbauten in Ortschaften, in welchen er Güter hat, rühmlich ausgezeichnet; auch sei hier erwähnt, daß er zu dem Bau der ev. Kirche in Kuschlin eine Summe von 10,000 Mark gezeichnet hat.

+ **Rynarschewo** (Kreis Schubin), 29. Februar. [Jahrmarkts-Verlegung.] Der in der hiesigen Stadt auf den 9. März d. J. anberaumte Jahrmarkt ist Seitens der Königl. Regierung auf den 23. desselben Monats verlegt worden.

+ **Rogasen,** 29. Februar. [Ersatzgeschäft. Jahrmarkt. Wahl.] Im Kreise Obornik wird das diesjährige Ersatzgeschäft im Monate April und zwar an folgenden Tagen abgehalten: in Murow. Goslin am 23. April, in Rogasen am 24. und 25., in Polajewo am 27., in Obornik am 28. und 29. April. — Am 2. findet hier der erste Jahrmarkt des Jahres 1880 statt. — Gestern Abend 7 Uhr fand in dem hiesigen Rathsgebäude die Wahl der Synagogen-Verwalter für die Herren Hirschberg, Becher und Weyl, welche jetzt ausscheiden, statt. Fast einstimmig wurden gewählt: Jakob Jakoby, S. Grätz und J. Geballe; zum Stellvertreter Kaufmann E. Aronsohn.

w. **Storchnest,** 28. Februar. [Abschiedsdiner.] Gestern fand hierselbst im Rathhaussaale das Abschiedsdiner zu Ehren des Herrn Pastor Rasmus statt. Wie beliebt derselbe von der „ärmsten Hütte bis ins Schloß", sowie unter Amtsbrüdern und Lehrern war, davon gab das zahlreich besuchte Diner Zeugniß. Mit ergreifenden und herzlichen Worten schilderte und dankte der Rittergutsbesitzer Herr Müller auf Górzno die Verdienste des Scheidenden für die treue hingebende Seelsorge und aufopfernde Armenpflege in den Gemeinden Storchnest und Górzno und überreichte demselben im Namen der Gemeinden als äußeres Zeichen der Dankbarkeit eine goldene Gabe. Herr Superintendent Pfeifer aus Fraustadt machte der Versammlung bekannt, welcher Anerkennung sich der Scheidende seitens der hohen Behörden für sein treues Walten hierselbst erfreute und wünschte demselben ein Gleiches in seinem neuen Wirkungskreise Gr.-Leistenau W/Pr. Darauf nahm Herr Pastor Rasmus in einer ergreifenden Rede Abschied von seiner „lieben ersten Gemeinde", mit welcher er in den „elf Jahren viel gute, aber auch trübe Tage erlebt hatte". Erst gegen 11 Uhr trennte man sich und „Keiner konnte sich's verhehlen, daß er schweren Abschied nahm." — Durch den Abgang des Herrn Pastor Rasmus ist die hiesige evangelische Pfarre vakant geworden. Dieselbe gehört zwar zu den geringeren Stellen unserer Provinz, besitzt aber ein neues schönes Pfarrhaus und einen großen, wohleingerichteten Garten. Außerdem ist die Umgebung des Ortes überaus anmuthig.

S. **Aus dem Kreise Kröben,** 28. Februar. [Musikaufführung. Zuckerfabrik. Verhaftung. Theater. Verschiedenes.] Gestern Abend 7 Uhr fand in der Aula des rawitscher Seminars unter Leitung des Musiklehrers Kuhne eine von Zöglingen der Anstalt ausgeführte Musikaufführung statt. Sonntag den 7. März wird der Sängerchor der königlichen Realschule daselbst unter Leitung seines tüchtigen Dirigenten, Kantor Riediger, Beckers Rhapsodie „die Zigeuner" aufführen; der Ertrag ist zur Beschaffung eines Flügels für die Aula der Realschule bestimmt. — In Rawitsch hat man den Bau einer Zuckerfabrik projektirt, deren Rentabilität nach der Sachlage keine schlechte sein, und manchen Ausfall, den diese Stadt neuerdings erlitten, ersetzen dürfte. — Der im Jahre 1871 aus dem Zuchthause zu Rawitsch entsprungene, wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit zu zwei Jahren verurtheilte Johann Leipe, welcher in letzter Zeit in der Gegend von Krotoschin in Diensten stand, seiner Zeit auch steckbrieflich verfolgt wurde, sich in der letzten Zeit aber bettelnd umhertrieb, ist gestern in Jutroschin, wo er erkannt wurde, verhaftet und nach Rawitsch transportirt worden. — Zum Besten des Vaterländischen Frauen-Vereins fand Ende v. M. in Rawitsch eine Dilettanten-Theater-Vorstellung statt, welche einen so hohen Reinertrag ergeben hat, daß dem genannten Vereine die Summe von über 395 Mark überwiesen werden konnte. — Für die Nothleidenden Oberschlesiens haben die Landgemeinden des benachbarten militscher Kreises die namhafte Summe von 716 Mark gesammelt. — Wie man hört, ist das an der Rawitsch-Kobyliner Chaussee in der Nähe des Dorfes Smolice liegende Schank-Etablissement, genannt „Zababa", seiner Zeit ein Vergnügungsort für die Umgegend, neuerdings abgebrochen worden.

Entwurf eines Gesetzes
betreffend
Ergänzungen und Aenderungen des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874.

(Fortsetzung.)

§ 53. Soldaten im aktiven Dienst können auf Ansuchen zur Verfügung der Ersatzbehörden entlassen werden, wenn einer der im § 20 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Gründe nach ihrer Aushebung eingetreten ist, oder wenn in einzelnen Fällen besondere, in diesem Gesetze nicht ausdrücklich vorgesehene Billigkeitsgründe dies rechtfertigen (§ 22).

Ueber die Zulässigkeit des Gesuches entscheidet nach Begutachtung der Verhältnisse durch die ständigen Mitglieder der Ersatzkommission der kommandirende General desjenigen Armeekorps, in welchem der Reklamirte seiner Dienstpflicht genügt, in Gemeinschaft mit der betreffenden (§ 30 Nr. 3c) Landes- oder Provinzialbehörde seines Heimathsbezirks beziehungsweise das zuständige Kriegsministerium in Gemeinschaft mit der obersten Civilverwaltungsbehörde seines Heimathsbezirks.

Die Entlassung der Reklamirten erfolgt erst zu dem nächsten allgemeinen Entlassungstermine, sofern nicht ein ungewöhnlicher Grad der Dringlichkeit die frühere Entlassung nothwendig macht.

Auf Soldaten, welche sich bei mobilen Truppen im Dienst befinden, haben diese Bestimmungen in der Regel keine Anwendung.

§ 66. Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte sollen durch ihre Einberufung zum Militärdienst in ihren bürgerlichen Dienstverhältnissen keinen Nachtheil erleiden.

Ihre Stellen, ihr persönliches Diensteinkommen aus denselben und ihre Anciennetät, sowie alle sich daraus ergebenden Ansprüche bleiben ihnen in der Zeit der Einberufung zum Militärdienste gewahrt. Erhalten dieselben Offizierbesoldung, so kann ihnen der reine Betrag derselben auf die Civilbesoldung angerechnet werden; Denjenigen, welche einen eigenen Hausstand mit Frau oder Kind haben, beim Verlassen ihres Wohnortes jedoch nur, wenn und soweit das reine Civileinkommen und Militärgehalt zusammen den Betrag von 3600 M. jährlich übersteigen.

Nach denselben Grundsätzen sind pensionirte oder auf Wartegeld stehende Civilbeamte hinsichtlich ihrer Pensionen oder Wartegelder zu behandeln, wenn sie bei einer Mobilmachung in den Kriegsdienst eintreten.

Obige Vergünstigungen kommen nach ausgesprochener Mobilmachung auch denjenigen in ihren Civilstellungen abkömmlichen Reichs-, Staats- und Communalbeamten zu gute, welche sich freiwillig in das Heer aufnehmen lassen.

Die näheren Bestimmungen bleiben den einzelnen Bundesregierungen überlassen.

Artikel III. Die Ausführungsbestimmungen zum Artikel I., §§ 3 und 4 und zum Artikel II. dieses Gesetzes erläßt der Kaiser.

Artikel IV. Gegenwärtiges Gesetz kommt in Baiern nach näherer Bestimmung des Bündnißvertrages vom 23. Novbr. 1870 unter III., § 5, in Würtemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21./25. Novbr. 1870 zur Anwendung.

Begründung.

Der § 1 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 hat die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis zum 31. Dezember 1881 auf 401,659 Mann festgestellt. Seitdem ist der Beginn des Etatsjahres vom 1. Januar auf den 1. April verlegt, so daß schon der Aufstellung des Etats für das Jahr vom 1. April 1881 bis zum 31. März 1882 eine erneute Feststellung der Friedens-Präsenzstärke voranzuschicken sein möchte. Diese Feststellung kann nicht erfolgen, ohne daß die Friedensorganisation einer Prüfung unterzogen wird. In beiden Richtungen sieht der vorliegende Gesetzentwurf Aenderungen vor, — Aenderungen, welche sich vornehmlich aus einer Beantwortung der Frage ergeben haben, inwieweit eine genügende Entwickelung der nationalen Wehrkraft durch die militärische Gesetzgebung Deutschlands gesichert erscheint.

Seit dem Erlaß des Reichsmilitärgesetzes, welches dem deutschen Heere keinen Machtzuwachs, sondern im Wesentlichen nur die gesetzliche Bestätigung vorhandener Einrichtungen gebracht hatte, sind außerhalb Deutschlands umfassende Heeresreformen eingetreten — Reformen, welche nicht ohne Einfluß auf das Militärwesen der benachbarten Mächte bleiben können. Von maßgebender Bedeutung werden dieselben für Deutschland, welches auf weiten Strecken von drei Groß- und vier Mittelstaaten begrenzt, an einer ausgedehnten Meeresküste zugänglich, jederzeit zur Vertheidigung seiner Freiheit und Sicherheit bereit sein muß. Dieser gebotenen Bereitschaft würde nicht genügt, wenn die Entwickelung der deutschen Wehrkraft auf die unter anderen Voraussetzungen festgestellten Grenzen dauernd beschränkt bleiben sollte. Der Zeitpunkt, wo diese Grenzen nicht ohne ernste Gefahr innegehalten werden können, ist gekommen.

Es bedarf einer Vermehrung der Zahl und einer Erhöhung der inneren Kraft, um den Anstrengungen der Friedensausbildung auch für künftige Eventualitäten den verdienten Erfolg zu sichern, dieselben nicht an einer zu erheblichen, numerischen und organisatorischen Ueberlegenheit der entgegentretenden Streitkräfte scheitern zu lassen.

(Schluß folgt.)

Deutscher Handelstag.

♁ Berlin, 2. März.

Im ständigen Bureau des deutschen Handelstages (Neue Friedrichsstraße 52—54) fand heute eine äußerst zahlreich besuchte Ausschußsitzung des deutschen Handelstages statt. Den Vorsitz führte Geh. Kommissionsrath Delbrück (Berlin). — Veranlaßt war die Sitzung durch einen Antrag der Breslauer Handelskammer und noch 34 anderer Mitglieder des Handelstages: auf schleunige Berufung des Plenums behufs Berathung über die jüngsten Beschlüsse der Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen, betreffend die Abänderung des bestehenden Reformtarifschemas. Die Breslauer Handelskammer war vertreten durch das Ausschußmitglied Kommerzienrath Molinari (Breslau) und den ad hoc hinzugezogenen Sekretär der Breslauer Handlskammer, Dr. Eras (Breslau). Diese begründeten zunächst den Vorschlag: durch das Plenum des deutschen Handelstages eine einstweilige Ablehnung jeder Abänderung des bestehenden Tarifschemas herbeizuführen." Die Handelskammer zu Breslau — so bemerkten die Delegirten Breslau's — stehe auf dem Standpunkte, daß eine zweite, ermäßigte Stückgutklasse allerdings angestrebt werden müsse, daß jedoch die Begünstigung des Verkehrs nicht mit der Aufhebung der dermaligen allgemeinen Wagenladungsklasse A. 1 und B. und einer Erhöhung des Spezialtarifs I. erkauft werden dürfe. — Geh. Kommerzienrath Heimendahl (Crefeld): Der deutsche Handelstag könne sich auf einen rein negativen Standpunkt nicht stellen, nachdem Verkehrsausschuß und Tarifkommission schon seit November 1878 mit den jetzt zum Austrag kommenden Tariffragen sich aufs Eingehendste beschäftigt und ein ausreichendes Material zur positiven Begutachtung herbeigeführt haben. — Papendieck (Bremen) stellte folgenden Antrag: „Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages erklärt sich mit den Anträgen des Ausschusses der Verkehrsinteressenten, bezüglich Einrichtungen einer zweiten, ermäßigten Stückgutklasse nur dann einverstanden, wenn gleichzeitig der Vorschlag der Königl. sächsischen Staatsbahnen: „die Güter der Stückgutklasse I. werden bei Aufgabe von 5000 Kg. per Wagen oder bei Frachtzahlung für dieses Quantum zu den Sätzen der Stückgutklasse II. befördert, angenommen wird." — Bankier Bethcke (Halle a. S.) vertheidigte Namens der Handelskammer zu Halle den Breslauer Antrag. — Nach kurzer Debatte gelangte der Antrag Papendieck zur Annahme. — Ferner wurde nach längerer Debatte beschlossen: „Der Ausschuß schlägt den Mitgliedern des Handelstages vor, von der Berufung des Plenums vorläufig Abstand zu nehmen und den Antrag Papendieck nebst einer eingehenden Denkschrift der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen und dem Bundesrath zu überreichen. Sollte sich aber dennoch eine Mehrzahl von Mitgliedern für Berufung des Plenums entscheiden, so wird das Präsidium ermächtigt, das Nöthige anzuordnen." Das Präsidium, der General-Sekretär des deutschen Handelstages, Konsul Annecke (Berlin), Geh. Kommerzienrath Heimendahl (Crefeld), Papendieck (Bremen) und Dr. Eras (Breslau) wurden mit der Ausarbeitung der betreffenden Denkschrift beauftragt. — Endlich wurde noch beschlossen: Das offizielle Organ des deutschen Handelstages, das „Deutsche Handelsblatt" nunmehr auch finanziell zu übernehmen. — Danach schloß die Sitzung gegen 3 Uhr Nachmitlags.

Aus dem Gerichtssaal.

C. **Posen,** 26. Febr. [Schwurgericht. — Wissentlicher Meineid.] Am letzten Tage der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode wurde gegen den Inspektor Michael Lowinski aus Zabikowo auf Grund einer Anklage wegen wissentlichen Meineides verhandelt. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen denselben ist dem Antrage der königl. Staatsanwaltschaft entgegen von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts beschlossen worden. Lowinski soll in seinem Prozesse gegen seinen früheren Herrn, den damaligen Mühleninspektor auf Ruda bei Rogasen, Namens Cohn, in jedem der beiden Termine vom 17. Jan. und 5. Sept. 1878 vor dem königl. Kreisgericht zu Rogasen einen ihm zugeschobenen bez. zurückgeschobenen Eid wissentlich falsch geschworen haben. — Der Angeklagte erzählte bei seiner Vernehmung vor den Geschworenen ungefähr Folgendes: Ich bin von Herrn Cohn für die Zeit vom 1. Juli 1877 bis zum 1. April 1878 als Inspektor engagirt worden. Herr Cohn versprach mir neben freier Station ein jährliches Gehalt von 90 Thlr. und versprach wir ferner, wenn er nach den ersten vier Wochen mit mir zufrieden sei, eine Zulage von 10 Thlr. Seine Zufriedenheit hat Herr Cohn nun auch nach 4 Wochen ausgesprochen, so daß ich 100 Thlr. als jährliches Gehalt verlangen konnte. Im August bat ich um meine Entlassung. Durch Intervention des Distrikts-Kommissarius von Rogasen trat ich aber wieder in das alte Dienstverhältniß ein. Für den 11. Oktober war ich als Zeuge nach Posen geladen. Als ich von diesem Termine zurückkehrte, wurde ich von Herrn Cohn, sobald ich an ihn herantrat, vom Hof gewiesen. Ich wandte mich wiederum an den Distrikts-Kommissarius in Rogasen. Derselbe schrieb zweimal an Herrn Cohn mit der Aufforderung, mich wieder in den Dienst zu nehmen oder einen Entlassungsgrund anzugeben. Auf diese beiden Briefe erfolgte keine Antwort. Ich verklagte nun Herrn Cohn auf Zahlung des rückständigen Gehaltes und auf Ersatz des mir erwachsenen Schadens. In diesen Prozessen habe ich die beiden Eide, deretwegen ich mich auf der Anklagebank befinde, geschworen. Was ich beschworen habe, ist aber vollständig der Wahrheit gemäß. — Die erwähnten Eide hatten ungefähr folgendermaßen gelautet: „Ich Michael Lowinski schwöre, daß mir als jährliches Gehalt nicht 80, sondern 100 Thlr. von Herrn Cohn zugebilligt sind und „ich schwöre, daß nicht ich den Dienst gekündigt, sondern daß Herr Cohn mich ohne Grund aus demselben entlassen hat." Cohn bekundet bei seiner heutigen Vernehmung als Zeuge das Gegentheil. Er gab aber zu, dem Distriktskommissarius auf seine beiden Briefe nicht geantwortet zu haben, was doch, wie der Vorsitzende betonte, so natürlich gewesen

... wenn der Angeklagte ihm den Dienst gekündigt hätte; er wußte ... auch an so viele Thatsachen nicht zu erinnern; er hat auch in ... früheren Termin vor dem Civilrichter zugegeben, daß der Klage-...trag des heutigen Angeklagten, in dem gerade ausdrücklich behauptet ..., das jährliche Gehalt betrage 100 Thlr., in der Hauptsache ...tig und in einigen Nebenpunkten z. B. bezüglich der Wäsche ...richtig sei. Der Schwager und jetzige Kompagnon des vo-...gen Zeugen, der zur Abschließung des Dienstvertrages zwischen ... Angeklagten und Herrn Cohn mitgewirkt hatte, sagte als Zeuge aus, daß als festes Gehalt 80 Thlr. bewilligt worden seien, wußte aber nicht mehr, obwohl er es früher bekundet, ob Cohn 10 Thlr. Zulage für den Fall seiner Zufriedenheit mit Lowinski versprochen hätte. Ein Zeuge bekundete noch, daß Cohn, als der Angeklagte mit ihm an Cohn herangetreten war, gesagt habe: „Geld bekommen Sie nicht, scheeren Sie sich fort.“ Diese Thatsache liegt aber, wie der Angeklagte sagte, in der Zeit, als die Entlassung aus dem Dienste erfolgt war. Es wurden dann noch drei Personen vernommen. Dieselben bezeugten, daß der Angeklagte, nachdem er, wie die eine aussagt, schon auf dem Hofe mit Cohn gesprochen, ins Cohn'sche Wohnzimmer getreten sei und gesagt habe, er wolle nicht mehr im Dienste bleiben und bäte um seinen Lohn. Jedoch wußte sich nur die eine von diesen genau zu erinnern, daß der betr. Vorfall sich im Oktober zugetragen hat. Der Staatsanwalt Uhde hielt diese Zeugenaussagen nicht für belastend genug, um den Angeklagten wegen wissentlichen Meineides zu verurtheilen. Die Geschworenen **verneinten auch die Frage nach wissentlichem Meineid.** Der Gerichtshof sprach deswegen den Angeklagten **von der Anklage des wissentlichen Meineides frei.**

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Nassauische 25-Gulden-Loose.** Verloosung vom 2.—6. Februar 1880. Auszahlung vom 1. Mai 1880 ab.

No. 25737 à 20,000 Fl. = 34,285,71 M. No. 56753 à 4000 Fl. = 6857,14 M. — No. 40571 à 2000 Fl. = 3428,57 M. — No. 79174 à 1000 Fl. = 1714,29 M. — No. 9417 69313 à 400 Fl. = 685,71 M. No. 15630 59476 à 200 Fl. = 342,86 M. — No. 31206 89172 à 100 Fl. = 171,43 M.

à 65 Fl. = 111,43 M.

No. 1337 2131 3346 14512 19474 20430 24465 29794 34634 35645 37594 41498 45065 54763 55221 60552 60571 64528 94307 103279.

à 55 Fl. = 94,29 M.

No. 1342 8314 12941 13319 14722 16422 648 18092 591 848 19773 20082 21481 22069 24287 25770 27415 580 29545 31437 33176 35261 37538 39691 40902 42490 43922 46356 **50**169 54899 57445 58195 472 60996 63682 708 65418 808 831 66670 67941 69491 783 71547 75868 77986 78110 699 83681 84265 85138 886 86662 835 92287 878 93402 405 94008 96113 368 97645 99894 979 **100**757 101236 713 102389 813 103424.

à 45 Fl. = 77,14 M.

No. 9 25 51 108 131 153 176 177 180 184 187 214 224 226 250 258 267 276 281 309 333 335 341 378 405 452 507 523 541 579 588 601 648 685 708 716 725 737 808 811 821 871 1086 103 132 304 348 351 388 416 417 423 439 463 491 532 552 575 583 613 618 642 826 855 874 924 994 2018 22 30 178 190 201 202 222 291 294 358 435 469 476 483 536 581 609 616 647 694 723 740 801 825 827 834 867 880 893 929 998 3001 46 53 67 72 167 172 187 219 229 278 305 394 406 539 540 750 838 884 909 950 4003 32 68 72 134 211 237 248 253 258 285 290 305 454 501 518 548 559 579 585 659 668 678 732 743 745 752 793 800 806 873 896 950 966 974 979 995 5000 33 83 121 133 145 150 158 167 176 185 217 223 227 353 354 374 380 439 484 509 536 545 694 704 761 815 829 845 889 896 903 907 909 927 929 964 984 6041 45 76 92 104 228 266 274 319 329 439 484 545 604 734 754 769 774 886 894 911 7024 31 41 100 134 206 208 218 242 262 294 306 342 355 358 365 381 417 436 468 476 529 543 624 668 673 761 770 798 860 887 965 986 8009 55 59 144 150 181 189 258 336 338 350 362 412 420 435 469 474 494 522 557 578 601 653 699 703 719 724 730 740 773 783 793 801 823 835 887 898 938 9062 117 135 150 159 186 231 277 310 311 317 337 341 400 401 433 434 475 496 538 567 606 706 716 754 841 856 860 869 968 991 **10**020 100 144 154 187 190 194 218 241 255 258 388 449 491 532 537 577 600 611 627 669 682 683 718 734 743 763 769 799 825 841 866 870 879 901 971 980 11011 77 119 142 252 310 399 455 467 485 564 568 595 597 746 855 870 929 934 938 959 973 12077 87 106 122 161 211 283 284 327 338 385 416 446 470 473 478 501 538 561 611 634 640 644 758 806 854 890 998 13005 16 56 65 67 109 127 133 135 202 242 250 252 303 406 413 467 469 483 534 580 626 630 631 651 721 729 770 793 830 835 840 929 945 14049 61 75 81 87 155 172 182 197 220 280 323 409 479 553 560 584 611 620 649 683 693 700 764 923 928 932 957 15112 123 124 143 189 260 313 344 416 496 572 663 671 674 709 713 751 779 800 856 903 934 937 993 16001 30 39 53 83 96 106 118 173 191 262 334 370 419 424 434 442 450 478 500 501 554 638 675 713 736 824 825 866 879 907 17068 122 133 153 156 207 239 295 302 334 340 345 351 409 435 451 499 514 606 608 681 683 690 693 695 706 709 811 813 824 837 852 869 913 946 955 978 18021 28 201 204 245 257 263 284 290 360 364 419 434 453 501 589 592 621 631 651 662 679 730 831 854 858 926 989 19021 22 29 141 168 179 213 239 329 355 375 377 386 412 433 455 462 499 535 546 548 553 621 640 645 646 650 669 699 762 782 798 809 845 854 876 **20**024 26 34 39 75 90 118 130 190 279 305 311 341 449 518 554 579 599 638 686 709 711 743 790 916 937 942 946 952 956 996 21008 55 65 88 104 117 119 143 152 203 222 234 345 347 418 437 460 506 601 618 667 682 715 751 807 828 857 960 965 22081 95 115 134 135 149 182 185 196 208 243 287 303 316 344 373 408 478 501 544 561 644 656 673 680 704 737 764 781 797 834 840 903 917 932 956 959 986 988 23035 51 64 66 102 116 117 151 198 257 263 267 273 286 310 320 362 371 391 429 452 462 524 541 571 609 610 710 738 788 797 824 839 845 849 861 874 890 903 959 988 24014 135 45 159 164 178 189 206 217 260 298 320 339 346 366 507 511 521 526 552 555 566 568 581 597 651 659 672 681 696 732 750 791 815 842 870 904 942 974 997 25089 90 107 140 180 266 334 356 395 445 453 519 532 538 541 548 642 688 707 765 800 829 843 854 874 913 924 960 26000 9 13 71 113 144 163 273 286 298 301 319 330 351 477 493 501 513 533 545 657 697 732 754 762 789 839 850 872 965 972 995 27015 66 100 136 167 231 251 270 371 383 394 397 427 442 445 521 536 570 670 699 709 757 823 875 896 910 984 991 28014 65 87 163 240 248 283 394 401 431 490 491 532 538 547 560 561 573 592 620 647 690 707 712 739 761 772 789 799 820 824 859 896 952 29050 90 119 131 133 158 228 298 313 402 409 474 501 527 536 538 566 569 594 688 720 734 746 795 828 834 846 860 885 891 907 912 957 969. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

L. E. Posen. Das Thatsächliche aus Ihrem „Eingesandt“, welches uns auch schon von anderer Seite mitgetheilt worden ist, hat Aufnahme in dem lokalen Theile gefunden. Im Uebrigen ist das Interesse, welches Sie in der ganzen Angelegenheit haben, zu privater Natur und auch bereits zu bekannt, als daß wir fernere Eingesandts in dieser Sache von Ihnen aufzunehmen Veranlassung haben.

Verantw. Redakteur J. V. Dr. jur. Paul Hörner in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Der Kreis Oppeln beabsichtigt einige

20 Tausend Centner gute Saatkartoffeln

verschiedener Sorten anzukaufen.

Offerten mit Angabe des Preises und der Sorte, sowie der Verlade-Station sind unter Einsendung von Proben an den unterzeichneten Kreis-Ausschuß bis spätestens den 15. März zu richten.

Die Lieferungen haben vom 1. bis 15. April zu erfolgen.

Oppeln, im Februar 1880.

Namens des Kreisausschusses:
Gerlach.

Schmerzerfüllt von dem nach langen, schweren Leiden am 1. d. Mts. erfolgten Dahinscheiden unseres treuen Kollegen, des Königlichen Regierungs-Assessors a. D., Eisenbahn-Direktors

Herrn **Max Stappenbeck**

weihen wir Ihm, der sich in einer fast 7jährigen Thätigkeit hohe Verdienste um das von uns vertretene Unternehmen erworben hat, der uns nicht nur ein werther hochgeschätzter Kollege, sondern auch ein jederzeit treuer Freund war, diesen Nachruf. Wir werden Ihm für alle Zeiten ein ehrendes Angedenken bewahren.

Breslau, den 2. März 1880.

Direktion
der Oels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft.
Grapow.

Impf-Formulare

hält stets vorräthig und empfiehlt bei dem bevorstehenden Impfgeschäft zur gefl. Abnahme

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

BORDEAUX

Eins der ersten und ältesten Weinhäuser in Bordeaux, bei der Privatkundschaft mit Erfolg eingeführt, sucht einen tüchtigen Vertreter für die Provinz Posen. Offerten werden erbeten unter A. V. B. poste restante Bordeaux.

Militär-Vorbereitungs-Anstalt

Dresden, Ostra-Allee 23. **Gegründet 1840.**

Möglichst schnelle und sichere Vorbereitung zum Fähnrichs- und Einj. Freiw.-Examen, sowie für höhere Schulen. **Fortwährende Beaufsichtigung der Pensionaire, auch in freien Stunden.** Beginn des nächsten Cursus d. 5. April. Prospecte und Anfragen beim unterz. Directorium.

Premier-Lieutenant **G. Oesten.** Dr. **Carl Neumann.**

Meinen geehrten Kunden und Gönnern hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich mein **Korken-Geschäft** nach **Breslauerstr. Nr. 14** verlegt habe.

Muster aller Gattungen sind zur Ansicht vorräthig.

Eigene Korkenschneiderei.
Billigste Bezugsquelle.

J. Müller.

Krankheitshalber ist eine **Holzparzelle** von ca. 500 Morgen (kiefern Nutzholz langwüchsig), nahe am flößbaren Wasser gelegen, zu verkaufen. Meldungen unter **N. 409** an die **Exped. d. Zeitung für Hinterpommern** in **Stolp** erbeten.

Ein Restaurant

in dem besten Stadttheile Posens ist mit vollständigem Mobiliar und fr. Billard Familienverhältnisse halber sofort zu verkaufen. Das Näh. unter **100 R. R.** d. Ztg. niederzulegen.

Die von der fürstl. Domaine **Ciszkowo** zum Verkauf gestellten Kühe sind bereits abgegeben.

Kieler Sprotten, Bücklinge und Flundern, sowie echten Schweizer-Käse à Pfd. 1 M., deutschen Schweizer-Käse à Pfd. 50 Pf. Harz-Käse 4 Stück 10 Pf. Wiederverkäufer bed. billiger. Heute frische Hechte empf. billigst **Adolph Gottschalk**, Wasserstr. 26.

Fast neue **Nähmaschine** billig zu verk. **A. B. 1100.** Exped d. Bl.

Kiefernpflanzen,

einjährig, kräftig, 1000 Stück 1 Mk. verkauft die herzogl. Revierverwaltung zu **Wudek** bei **Ottlotschin.**

Fische! Sch. leb. Hechte, Zander, leb. böhm. Karpfen, Schleie 2c. empf zu den billigsten Preisen. Bestell. auf Seefische, frischen Silberlachs, Steinbutten, Seezungen, leb. Hummern, sowie auf Rehrücken, Fasanen 2c. werden aufs Billigste prompt effektuirt. **Kletschoff,** Krämerstr 12.

Avis! Schönste saftr. Citronen, hochrothe süßeste Apfelsinen, echten Prima Schweizer- und Sahnenkäse, frischen großen Algier Blumenkohl, sowie schönste feinmarinirte Rollheringe billig, fr. Elb. Neunaugen, Rollaal u. fr. ger. Aal, sowie sämmtl. Delikat., Räucherwaaren und eingel. Früchte empf. zu s. bill. Pr. Kletschoff.

Ein Pianino wird zu miethen ges. Offerten sub **F. P.** postlagernd hier.

Darlehne auf Landgüter.

Außer den vorhandenen Kapitalien zu 4¾ und 5 Prozent Zinsen sind jetzt mehrere Millionen Mark zu 4½ bis 5 Prozent Zinsen in Beträgen nicht unter 50,000 Mark erststellig zu verleihen. Kündigung bei regelmäßiger Zinszahlung und guter Wirthschaft auf fünf bis zehn Jahre **vertragsmäßig,** für längere Zeit **thatsächlich** ausgeschlossen. Amortisation nicht verlangt und nur in der Form größerer periodischer Rückzahlungen zulässig. Besichtigung ist erforderlich. Valuta voll und baar.

Gnesen, den 25. Februar 1880.

Ellerbeck Justizrath.

Leonard Zangers & Cie.,

Rotterdam,

beschäftigen sich mit dem commissionsweisen

Verkauf von Kartoffeln.

Gute, mehlreiche, rothschalige, weissfleischige Waare erzielt heute von Fl. 4 bis Fl. 4½ per Mud. (70 Kg.) Günstige Bedingungen. Feinste Referenzen.

Eine Berliner **Strumpfwaaren-Fabrik,** Damenwesten, Gamaschen 2c., wünscht noch **en gros-Abnehmer** per Cassa. Offerten sub **J. A. 4929** befördert **Rudolf Mosse, Berlin,** SW.

10—10,500 Mark

gegen pupillarische Sicherheit auf ein Grundstück längere Zeit zu verleihen. Näh. unter Chiffre **F. D.** Expedition der Posener Zeitung.

Zwei bis drei junge Mädchen, welche in Wreschen die Mädchenschule besuchen wollen, finden unter sehr günstigen Bedingungen liebevolle Pensionsaufnahme in einem katholischen Hause. Offerten bitte man unter B. G. postlagernd **Wreschen** zu senden.

Bei einem ältern Landwirth finden 4 bis 5 Ackerbauschüler, in der Nähe der Schule, freundliche Pension.

E. Reefschläger,
Samter.

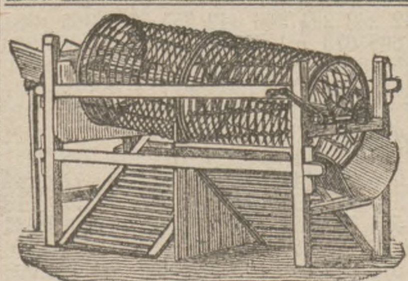
Ich wohne Jesuitenstraßen- und Marktecke.

J. Połomski,
approbirter Zahnarzt.

Von 8—9 früh für Unbemittelte unentgeltlich.

Specialarzt
Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,

heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtsschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

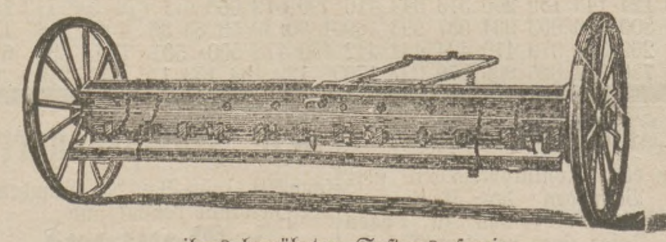


Patent-Kartoffelsortirer,

stellbar 1—2", Leistung ca. 40 Scheffel stündlich, empfehlen unter Garantie

Gebrüder Lesser,
Schwersenz, Prov. Posen.

Original-Breitsäemaschinen



ihres bewährten Systems, sowie

einpferdige Klee- und Universalsäemaschinen

empfiehlt zur bevorstehenden Frühjahrsbestellung die Eisengießerei und Maschinenfabrik von

E. Drewitz,
Thorn.

Illustrirte Kataloge und Preis-Courante franco und gratis.

Damen find. Rath u. Hülfe in diskr. Angel. Frau **E. Lattke,** Christinenstr. 8, II. C. **Berlin.**

Wilhelmsstraße 18, 1 Tr. r., eine Wohnung v. 4 Zimm. u. Zubeh. zu vermiethen.

Breslauerstr. 14

sind mittlere Wohnungen mit Zubehör zu vermiethen.

Mehrere **kleine Wohnungen** zu vermiethen Paulistraße Nr. 8.

Eine kleine möblirte Stube **nur mit separatem Eingang** wird bill. zu miethen gesucht. Off. **A. U. 6** postlagernd.

Mühlenstr. 34, 3. Tr., sind möbl. Z. nach vornheraus mit sep. Eing., mit auch ohne Pens., v. 1. April zu verm. Pr. n. Uebereink.

Breitestr. 1, 2. Stock, sind 6 zusammenhängende Piecen ganz oder getheilt zu vermiethen.

Markt Nr. 58

zu vermiethen v. 1. April 1 gr. aus 4 Piecen bestehende Wohnung. Näheres bei **Zupański,** Buchhändler.

13 Friedrichsstraße 13

ist eine **herrschaftl. Wohnung** in der 1. Etage, neu renovirt, zu vermiethen.

Breslauerstr. 9. III. große Wohnung von 5 Stuben sof z. verm.

1 große Wohnung best. aus 3—4 Stuben, Küche, Nebengelaß per 1. April cr. billig zu verm. St. Martin 36.

Große Gerberstr. Nr. 17 ist im Seitenflügel eine Wohnung von 2 Zimmern zu vermiethen.

Breslauerstr. 12 sind 2 Zimmer u. Küche, 1. Etage, und 2 Zimmer mit oder ohne Möbel, vom 1. April d. J. zu verm. Näh. das. b. W.

Avis.

Bardzo stary handel wina w Bordeaux (filia domu w Chamagne), bardzo dobrze znany polskim obywatelom, życzy oddać osobie (Polakowi) obracającéj się w kołach arystokratycznych, generalną agenturę dla prowincyi poznańskiéj. Frankowane oferty pod H. **2756** nadesłać należy do ekspedycyi annonsów **Haasensteina & Voglera** we Wrocławiu.

Eine anständige Frau wird als

Aufwärterin

zum sofortigen Antritt gesucht.

Mühlenstr. 28 parterre rechts.

Ein **Wirthschafts-Inspektor,** 36 Jahr alt, verheir., 1 Kind, mit den besten Zeugnissen versehen, sucht Stellung. Gefl. Off. erbeten **C. H.** postlagernd **Posen.**

Ein junger Mann,

welcher sich im Brennereifach vervollkommnen will, findet gegen freie Station Stellung.

Dembno bei Neustadt a. W.

Die Brennerei-Verwaltung.

Zum 1. April suche ich einen jungen, soliden

Wirthschaftsbeamten,

deutsch und polnisch sprechend. Gehalt 250 Mark.

Senftleben in Schrimm.

Für mein Kolonialwaaren-Geschäft suche per sofort einen

jungen Mann.

H. Simon in Thorn.

Einen Lehrling sucht

F. C. Werner,
Kupferschmiedemeister.

Verkäuferin.

Ein j. Mädchen (mosaisch) sucht als Verkäuferin sofort oder vom 1. April Stellung. Näheres im Färberei-Geschäft von F. W. Rahn, Tilsner's Hotel.

Geübte **Schneiderinnen** und **Lehrmädchen** können sich melden Wilhelmsstr. 24 III. Et.

Ein seit 20 J. prakt. geb. Wirthschaftsbeamter, m. gut. Zeugnissen, beider Sprachen m., z. Z. 4 Jah. im Dienst, s. z. 1. Juli Stellung. Postl. **Grätz sub A. B.**

Eine auf **Wheeler-Wilson** Maschine eingeübte tüchtige **Wäsch-Nätherin** findet sofort dauernde Beschäftigung bei

Aron, Markt 9, 3 Tr.

Geübte **Schneiderinnen** können sich sofort melden **Kleine Gerberstraße,** Posthalterei 2 Treppen.

Ein Sohn anständ. Eltern, mos., der poln. Sprache mächt., mit den nöth. Schulkenntn. verseh., findet in meinem Posamenten-, Seidenband- und Weißwaarengeschäft p. sofort als Lehrling Stellung.

Paul Militscher, Inowrazlaw.

Eine tüchtige, aber nur solche,

Putzmacherin

findet in

Hahn's Strohhutfabrik,

Wasserstraße 13, sofort dauernde Beschäftigung.

Ein **Lehrling,** ev., findet unter günst. Beding. per 1. April Stellung bei **Gustav Ephraim.**

Zur Stellvertretung der Hausfrau wird für ein Gut zum 15. April eine anspruchslose, gebildete, evangelische Dame gesucht, welche in allen Zweigen der Landwirthschaft wohl erfahren sein muß und welche die Erziehung von 2 kleinen Kindern übernehmen kann. Jährl. Gehalt 240 Mark. Adressen mit Zeugnißabschriften sind unter **K. F.** der Expedition dieses Blattes einzusenden.

Wirthin, firme Köchin, und Stubenmädchen zu haben. Köchin nach außerhalb gesucht. **Anders,** Gr. Ritterstr. 7.

Einen deutschen Feldwärter, der auch im Stande ist kleine Forstkulturen auszuführen, sucht das Dominium **Chudopolze** bei Pinne. Reisekosten werden nicht vergutigt. Persönliche Vorstellung Bedingung.

Zum Verkauf von **Prämien-Anleihen u. Staats-Loosen** gegen Theilzahlungen, werden solide Agenten gegen hohe Provision und ev. Fixum gesucht. Adr. sub **W. 1210 bef. G. L. Daube & Co., Berlin** W.

Für einen 8½jähr. Knaben u. ein 7½jähr. Mädchen suche ich z. 1. Apr. c. e. ev. Lehrer, der neben den Elementargegenständen auch in Latein u. Musik unterrichten kann. Gehalt 450 Mark neben fr. St. Ritterguts-bes. **Felsch, Ruchocice** bei **Grätz, Posen.**

Die Direktion eines größ. Gut. wünscht ein energ. Landwirth zur intensiv. Bewirthschftg. vom 1. Juli cr. zu übernehmen. **Off.** sub **F. M.** bef. d. Exped. der **„Deutschen landwirthschaftlichen Zeitung", Berlin, Friedrichstr. 701.**

Der **Inspektorposten** in **Działyn** bei Gnesen ist besetzt.

Familien-Nachrichten.

Henriette Asch,
Isidor Schmalz,
Verlobte.
Posen, im März 1880.

Siegfried Asch,
Anna Asch,
geb. **Sichel.**
Vermählte.
Newyork, im Februar 1880.

Unsere **Gertrud** ist heute Nachmittag um 2¼ Uhr im Alter von 13 Monaten gestorben.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 6. März 1880, statt.

Posen, den 3. März 1880.

Woytowitz nebst Frau.

Or. Ostrowo z. T. d. Tr. i. O. S. 7. III. 12. Stiftgsf. u. T. ☐ I.

Kaufmännischer Verein.

Heute im Vereinslokal, Friedrichsstraße 26:

Ballotage u. Bücherwechsel.

Zahlreiche Betheiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Donnerstag, den 4. d. M.:

Eisbeine.

M. Matuszewski, Schulstraße 4.

Achtung!

Ein schw. Jagdhund, e. R., a. d. Namen „Nero" hörend, m. led. Halsriemen u. Marke 130, ist a. Donnerstag d. 26. v. M. Nachm. a. d. Creuzburger Bahnh. verloren gegangen. Gegen angem. Belohnung anzumelden i. d. Exped. d. Ztg.

Darling
Too late?

Like the fawn, that finds the fountain
With the arrow in his breast
Or like light upon the mountain
Where the snow must ever rest.
I have seen thee, — can't forget thée.
Do not care, what be my fate
O 't is madness, to have seen thee
To have found thee, but too late.

Stranger.

Meinem liebenswürdigen

Freunde J. D.

die herzlichsten Glückwünsche zu seinem heutigen hohen Feste. **E** . . .

Stadttheater.

Donnerstag, den 4. März 1880.
9. Vorstellung im 6. Abonnement.

Das Glas Wasser,
oder:
Ursachen und Wirkungen.

Lustspiel in 5 Akten von Scribe.

Freitag, den 5. März 1880.

Gräfin Lea.

Schauspiel in 5 Akten von Paul Lindau.

Die Direktion.

Polnisches Theater.

Donnerstag, den 4. März 1880.

Die Kinder des Capitain Grant.

Großes Ausstattungsstück in 10 Bildern mit Gesang und Ballet von Verne.

Neue Dekoration von H. Rostock. Neue Costüme und Requisiten.

B. Heilbronn's
Volksgarten-Theater.

Donnerstag, den 4. März cr.
Benefiz für Frl. **Th. Schiffer.**

Catharina Howard.

Trauerspiel in 5 Akten u. 1 Vorspiel.

Die Direktion. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Betty Nurmit m. Hrn. Adolph Klein in Berlin. Frl. Emma Petzall mit Hrn. M. Bernstein in Berlin. Frl. Sara Moses mit Kaufmann Julius Packuscher in Berlin. Frl. Anna Koch mit Hrn. Richard Böllert. Frl. Anna Detleffen in Lundsberg bei Apenrade mit Hrn. Robert Bär in Jüterbog. Frl. Anna Kinderling mit Lieutn. S. Henriette Henning von Holtzendorff in Kiel.

Verehelicht: Hr. Paul Langhoff m. Frl. Antonie Dregler in Berlin. Hr. Salo Schneider m. Frl. Clara Böse in Berlin. Prakt. Arzt Alfred Härtelt in Waldau O.-L. mit Frl. Magdalena Heidenreuter i. Marktstädt.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Alb. Kestner in Lübben i. L. Oberlieutenant Freiherr v. Schlotheim in Mainz. Hrn. J. Rohde a. Domaine Möllenbeck. Hrn. v. Puttkamer in Plauth. — Eine Tochter: Pr. Lieut. Geißler in Berlin. Hauptm. v. Schrader in Sondershausen.

Gestorben: Hr. Hofschlächtermstr. Julius Biesold in Berlin. Frau Heise geb. Koppätzky in Berlin. Rentier Wilhelm Buchwald i. Berlin. Hrn. Christian Drescher Sohn Erich in Berlin. Pastor Wilhelm Ritschl in Marienthal. Hr. Wilh. Schramke in Sommerfeld. Dr. jur. Georg Knille in Kassel. Amtsrath a. D. Ferdinand Tscheppe in Stockach.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.